

# Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 5 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4-6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5, Rathhausstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Rml. + 5 Pf. Trägerlohn = 0,43 Rml. monatlich 1,53 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn = 1,90 Rml. Durch die Post-einschließliche Zustellungsgebühren 2,26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postfachkonto: Breslau 58 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 18. Februar 1932

Nr. 41

## Sachverständige Mordtat in DS.

### Parole: „Der Hund muß verreckn“

In der Nacht zu Mittwoch wurde von einem nationalsozialistischen Sturmtrupp eine bestialische Mordtat an freigewerkschaftlichen Landarbeitern verübt, die in ihrer Art an die grausigsten Mordorgien des faschistischen Bürgerkriegs in Italien gemahnt.

Bereits im Laufe des Dienstag nachmittag war es in Konkau zwischen Nazis und Kommunisten zu kleineren Kämpfen gekommen. Gegen 19,30 Uhr holten die Nationalsozialisten dann aus Kreuzburg in drei vollbesetzten Kraftwagen Verhaftung herbei, die sofort mit rassistischer Brutalität gegen die andersdenkende Bevölkerung in Sankau vorging. Als der Landarbeiter August Bally, ein Mitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes mit seiner Frau an dem Trupp vorbeimarschierten, schickte sofort zahlreiche Nazis auf ihn. Bally flüchtete in die Wohnung seines Vaters. Darauf drangen, unter Führung des Inspektors Baumert, mehrere nationalsozialistische Mordheute in die Wohnung des Vaters Bally ein. Als dieser ihnen entgegenkam, wurde er niedergeschlagen, ohnmächtig auf einen leichten Strohsack am Halle davon.

August Bally hätte sich inzwischen in der Schlafkammer seiner Eltern versteckt. Er stemmte sich gegen die Tür, worauf die bewaffneten Banditen dann durch die Tür, und von außen durch die Fenster mehrere Schüsse in die Kammer feuerten; Bally wurde getroffen und brach schwer verletzt zusammen. Als er seine in die Wohnung gelangte Frau um Hilfe und Behandlungszeug anrief, warf sich diese am Türeingang dem Nazihaufen entgegen und bat flehentlich ihren Mann gehen zu lassen. Darauf entgegnete ihr der Führer der Mordheute, Baumert: „Machen Sie das Sie weg kommen, sonst kommen sie selbst dran. Der Kerl muß verrecken.“

Die Nazis drückten dann schließlich noch die Türöffnung der Kammer ein, und schlugen den am Boden liegenden schwerverletzten August Bally mit Knütteln und Holzketten tot. Dann verließen sie im Bewußtsein heldischen deutschen Geistes zu verteidigen die Wohnung.

Im Laufe des Mittwochs wurden von der Kriminalpolizei mehrere Nazis verhaftet, die im Verdacht stehen, sich an den schweren Ausschreitungen und an der diebstahligen Mordtat beteiligt zu haben.

## Anfangen!

Von S. W. H. H. H.

Die Eizarne Front formiert sich in allen Teilen Deutschlands. Rot und Blau haben den Tatwillen der geschulten Arbeitermassen nicht brechen können. Die wachsende Aktivität erschöpft sich indes nicht in der Organisation des Widerstandes gegen faschistische Gewalt, sie drängt vor allem nach wirtschaftlicher Entspannung. Das große Heer der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Erwerbslosen ist nicht länger willens, lediglich das willkürliche Objekt der steigenden Krise zu sein. Die Massen sträuben sich, vom Strom der Wirtschaftskrise fortgeführt zu werden, und sind entschlossen, ein vorjagendes Wirtschaftssystem umzubauen, sich selbst ein anderes und besseres Schicksal zu gestalten.

Weit über den Kreis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hinaus wächst die Erkenntnis, daß der Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft verjagt, seine eigenen Befehle außer Kraft setzt und nicht mehr in der Lage ist, die zur Überwindung kapitalistischer Krisen früher benutzten Gegenmaßnahmen heute noch anzuwenden. Je mehr die Vertreter der sogenannten freien Wirtschaft in ihrer Not nach der Staatshilfe rufen, um so näher rückt für Partei und Gewerkschaften die Aufgabe, heran zu treten und die Umbauarbeiten der Wirtschaft zu leiten. Das herrschende System ist in seinen Grundlagern erschüttert; der Kapitalismus hat die fortschreitende Technik in den Dienst der Produktion gestellt, um sie unerschöpflich zu steigern. Er zeigt aber mit furchtbarer Deutlichkeit, daß er in der Warenverteilung und in der Lenkung des Warenstroms, damit in der Bedarfsdeckung, nicht mehr ein noch aus weiß. Der Gegensatz zwischen Allgemeininteresse und Privatinteresse hat sich immer verschärft, das selbst eine bürgerliche Regierung angemessen ist, resultierend in die Preis- und Einkommensungleichheiten. Die unhaltbar gewordenen Verhältnisse unserer Wirtschaft drängen darauf, daß sich der Staat Eingriff, Kontrolle und Führung in der Wirtschaft in wachsendem Maße zu sichern vermag und die Möglichkeit an die Stelle des privatkapitalistischen Chaos tritt.

Wir haben uns bewußt, daß eine solche Aktion nicht nur im Sozialismus denkbar ist und die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel zur Voraussetzung hat. Es wäre indes verfehlt, in einer Stunde des vorliegenden Kapitalismus die Menschen auf die Lehren des Sozialismus herzuführen zu wollen, ohne schon heute in einem Stadium zu stehen, das Wirtschaftssysteme die höchste Aktivität zum Umbau und Einbau der bestehenden Wirtschaftsordnung zu ermöglichen.

Die Gegenwart verlangt, daß bereits in unseren Tagen Elemente der Planmäßigkeit in das noch herrschende System des Kapitalismus eingefügt werden. Wer den Sozialismus von morgen will, muß bereit sein, heute alle Kräfte zum Umbau der noch herrschenden Wirtschaft einzusetzen. Der Weg vom Privatkapitalismus zum Sozialismus führt über den Staatskapitalismus. Die Produktion kann inmitten einer katastrophalen Abwärtsentwicklung nicht länger und ausschließlich als Privatfache gelten. Das Fortbringen des Staates zum Besitz von Produktionsmitteln und die planvolle Zusammenfassung der öffentlichen Hand befindlichen Betriebe ist zur Tagesaufgabe gezeitigt. Das Reich kann nicht in schlechten Zeiten Subventionen verschleudern, ohne an die Zeit steigender Konjunktur zu denken, in der es wieder ohne jeden Einfluß auf die Wirtschaft sein soll.

Die Reform des Bank- und Kreditwesens ist längst spruchreif. Mehr als 60 Prozent der Kreditvolumen stehen heute unter staatlicher Kontrolle. Es wäre verhängnisvoll, nach Hergebe von Millionen von Stützpunkten des Reiches wieder zur Miswirtschaft der Banken in den letzten Julitagen des vergangenen Jahres zurückkehren zu wollen, statt die organisatorischen Vorbereitungen für eine noch volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gerichtete Lenkung des Kapitalismus und der Kreditverteilung zu treffen.

Es gibt keine Gesundheit, ohne daß der Staat zur Kontrolle der Monopole übergeht, wobei Preis, Produktion und Abzug den Allgemeininteressen anzupassen sind. Die Sozialdemokratie hat auch Wege gemeinlich, die Wohnungswirtschaft zu reorganisieren, den Baunarkt zu beleben. Ihre Vorschläge für eine aktive Außenpolitik zur Lösung der Reparations- und Kreditfrage sind in kriegerischer Erinnerung. In der gegenwärtigen Lage sollen aber alle Einzelvorschläge nicht mehr getrennt betrachtet werden dürfen. Den vorliegenden sogenannten Wirtschaftskrisen wird vielmehr die deutsche Arbeiterklasse ihren Willen zur Umgestaltung der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse gegenüberstellen müssen.

Dieses konstruktive Vollen ist schon deshalb unerlässlich, weil auch die brennende Frage der Arbeitsbeschaffung ohne irgendwelche Veränderung der kapitalistischen Zustände von heute immer nur in sehr beschränktem Maße gelöst werden kann. Eine Finanzierung umfänglicher Maßnahmen durch den Staat ist bei Heranziehung des Reiches und bei Stilllegung der heute gekauften Aktien, Gelder und neuer Verlehnungsmittel nicht möglich. Die Wirtschaftswirtschaft ist im Ganzen aber nicht mit dem kapitalistischen System unvereinbar verbunden. Unter Kampf gegen Rot und Blau, gegen die Abschaffung der Kampf gegen die Arbeiter. Die Arbeiterklasse von heute hat die gesellschaftliche Aufgabe des Umbaus, der Umgestaltung der Welt des Volkes zu übernehmen. Die brennende kapitalistische Krise zu überwinden, die den Kapitalisten zu überlassen die den arbeitenden Klassen mit Wunderwerken zu werden. Die brennende Krise der Arbeiterklasse ist die Aufgabe der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe der Umgestaltung der Welt des Volkes zu übernehmen. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe der Umgestaltung der Welt des Volkes zu übernehmen.

## Kommt ein Konzentrationskabinett in Frankreich?

### Präsident Doumer soll ein innenpolitisch neutrales Versöhnungskabinett planen — Die Sozialisten und Radikalen verlangen freie Wahlen

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der französischen Republik hat am Mittwoch mit zahlreichen Parlamentariern über die Lösung der Kabinettkrise beraten. Er empfing die Vorsitzenden und Berichterstatter der Finanzkommission des Senats und der Kammer, die Vorsitzenden der verschiedenen Parlamentsfraktionen, darunter den radikalen Senator Siévenou, Martin, die Abgeordneten Herriot, Léon Blum, Louis Marin, den sozialistischen Senator Reboul, die Abgeordneten Guernut (unabhängige Linke), Franklin Souillon und Chabrun.

Die Mehrheit der vom Präsidenten befragten Parlamentarier sprach sich für ein Kabinett der Konzentration über der Rekonstruktion aus, dem nur die Aufgabe zufallen solle, ein Wahlgesetz und das Budget zu verabschieden. Nach den Wahlen soll es sofort zurücktreten. Léon Blum äußerte sich über seine Unterredung mit dem Präsidenten folgendermaßen: „Ich habe den Präsidenten auf zwei Punkte hingewiesen, einen im Namen meiner Freunde, den anderen in meinem persönlichen Namen. Ich habe zunächst erklärt, daß die Sozialistische Partei weiter nichts als freie Wahlen in einem freien Datum und unter einem normalen Regime verlangt. Ich habe dann die Meinung ausgesprochen, daß ein auf dieser Basis gebildetes Kabinett in der Kammer keiner Gefahr ausgesetzt sein würde.“

Den Standpunkt der Wählerparteien in der Kammer brachte der Abgeordnete Marin zum Ausdruck, der nach der Unterredung mit Doumer erklärte: „Wir haben gemeinsam die Mittel gesucht, die schnell zu einer Lösung der Krise führen können. Dabei muß die Verfassung respektiert werden, die verlangt, daß die Regierung ein Abbild der Kammermehrheit ist. Es muß jedoch auch der Konflikt zwischen der Kammer und dem Senat beseitigt werden, obgleich der Senat am Dienstag alles getan hat, um ihn zu verhängen. Die Kammermehrheit ist mehr als je entschlossen, dem Wille des Landes zu dienen und sich nicht von der Regierung verdrängen zu lassen.“

Herriot, der nach der Rücksprache mit dem Präsidenten der Republik der Kammerfraktion Bericht erstattete, erklärte, er habe Doumer geraten, an eine Verantwortlichkeit zu appellieren, die eine Regierung der Versöhnung und Neutralität bilden soll. Die Aufgabe dieser Regierung bestünde darin, eine dreifache Aufgabe des allgemeinen Wahlrechts abzuwickeln, nämlich das allgemeine Wahlrecht, das Budget und das Budget zurückzuführen zu lassen. Dieses Ministerium, das vor allem aus Senatoren zu bilden wäre, solle die Wahlen in einem freien Datum und unter einem normalen Regime durchführen und dann eine Kommission bilden. Diese Erklärung wurde von der radikalen Fraktion begrüßt.

Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Präsident der Republik hat am Mittwoch seine Unterredungen mit parlamentarischen Persönlichkeiten zur

bilddung der Regierung bis in die späten Nachmittagsstunden fortgesetzt. Entgegen den Erwartungen beauftragte er noch niemand mit der Bildung des Kabinetts. Er will seine Wahl von dem Ergebnis einer Abstimmung mit Tardieu abhängig machen, der heute früh aus Genf eintraf und um 10 Uhr ins Elisee gerufen wurde.

Die Lage hat sich am Mittwoch nur insofern geklärt, als man sich allgemein darüber einig geworden ist, daß nur ein in derselben Weise wie die Regierung Royal zusammengesetztes „Versöhnungskabinett“ gebildet werden kann, das sich innenpolitisch vollkommen neutral verhält. Der Präsident der Republik, Doumer, scheint die zunächst ins Auge gefasste Kandidatur Painlevés ausgegeben und sich entschlossen zu haben, die Kabinettsbildung dem Abgeordneten Vergues (linksrepublikanischer) aber dem Abgeordneten Martin (radikale Linke) anzuvertrauen. Bedingung für die Bildung eines solchen Ministeriums soll aber die Teilnahme Tardiens sein, dessen Zusage der Präsident noch heute vormittag zu erhalten hofft. Die Lösung der Krise hängt also in der Hauptsache von Tardieu ab.

Die Ministerliste hat am Mittwoch Anlaß zu heftigen Kundgebungen royalistischer und nationalisierender Studenten vor dem Senat und der Universität gegeben. Mehrere hundert Studenten gaben sich vor dem Senat ein Stillsitzen, stießen Drohufe gegen den Senat und gegen Tardieu aus, der gegen die Regierung gestimmt hatte und begab sich dann im Zuge zur Universität. Als die Polizei den Zug auflösen wollte, kam es zu einer heftigen Schlägerei in deren Verlauf mehrere Polizeibeamte und Studenten verletzt wurden. 25 Studenten wurden festgenommen, am Abend jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Paris 18. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die zur Prüfung der von der Kammer angenommenen Wahlreformvorlage gebildete Sonderkommission des Senats hat am Montag vor dem Senat die Vorlage der die Wahlreform des zweiten Wahlganges betreffend abgelehnt. Der am Montag der das Frauenwahlrecht behandelnde, ist von der Kammer abgelehnt und hat im Senat bestehende Kommission für das Frauenwahlrecht zur Prüfung übergeben worden. Der Berichterstatter der Vorlage wurde Senator Chéron bestimmt.

## Radikale Frauenbewegung gegen Sträflinge

Die Kommunisten haben in Reichstag einen Antrag gestellt, die Radikale Frauenbewegung zu unterstützen. Die Radikale und Sozialistische Frauenbewegung hat einen Antrag gestellt, die Radikale Frauenbewegung zu unterstützen. Die Radikale Frauenbewegung hat einen Antrag gestellt, die Radikale Frauenbewegung zu unterstützen.



# Breitscheid über die Parole des Tages

## Niederlandgebung der Eisernen Front in Nürnberg - Nieder mit dem Faschismus ist die Parole für den 12. März

Nürnberg, 17. Februar. (Eigener Funtribeicht.)

In den beiden größten Versammlungslokalen Nürnbergs sprach Dr. Breitscheid am Dienstag abend über die Reichspräsidentenwahl. Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlungen waren beide Säle bis auf den letzten Platz gefüllt. Sie mußten teilweise gesperrt werden, obwohl noch über 1000 Personen Einlass begehrten.

Das Jahr 1932, so betonte Breitscheid, wird das Jahr der Entscheidungen über Deutschland sein. Es wird darüber entschieden, ob wir von den Reparationslasten befreit werden und was aus denen werden wird, die seit Monaten und Jahren nach Arbeit suchen.

Der 12. März aber entscheidet bereits, ob die Menschen- und Bürgerrechte in Deutschland abgeschafft werden. Wenn Hitler selbst kandidierte, wäre eine klare Front geschaffen. Die Schlöche um die Staatsangehörigkeit Hitlers würden uns nicht tören, obwohl gerade keine Partei die einen anderen Politiker das Geschick über Schließung anstimmen würde; aber Hitlers Mitläufer würden nach seiner Niederlage keine Ausreden

haben, die Wahl wäre anders ausgefallen, wenn man seine Kandidatur nicht verzichtet hätte.

Die Parole der Sozialdemokratie ist, am 12. März alles zu tun, um den Faschismus an der Machtergreifung zu verhindern.

Es handelt sich jetzt nicht um die Frage: bürgerlich oder sozialdemokratisch, sondern um die Niederlage des Faschismus. Die Berechnungen der SPD sind wirkungslos. Gerade die Mosauer sind noch vor wenigen Monaten mit den Nationalsozialisten gemeinsam gegen die Sozialdemokratie in Preußen aufmarschiert, und vor 7 Jahren waren es die Kommunisten, die Hindenburg zum Siege verhalfen. Hindenburg ist nicht unser Mann, aber was uns die Entscheidung leicht macht, ist, daß Salentanz, Stahlhelm und Hugenberg jetzt gegen Hindenburg stehen. Den Faschismus am 12. März zu schlagen, ihm eine vernichtende Niederlage bereiten, heißt, am Anfang anderes Vorgesetztes zu arbeiten. Deshalb die Parole am 12. März: Nieder mit dem Faschismus, damit der Weg frei wird für den Sozialismus.

...sich in Schwaben. Statt seiner beständige ... der Kassation, der Abgeordnete ... das seine Partei die Einbürgerung ... in Braunschweig „mit aller Kraft“ betreibt.

In der Nachmittagssitzung brüllten die Nazis ... den SPD-Mitgliedern nieder, so daß dieser, von dem ... Präsidenten in keiner Weise geschützt, sich ... schimpfung des Präsidenten hinsetzen ließ. Er wurde ... von acht Sitzungen ausgeschlossen. Da die Tribünen in die ... handlungen eintrifft, flog die Sitzung schließlich auf. ... Börner überließ u. a. auch den sozialdemokratischen Abgeordneten ... Jasper an. Wederamt flog die Sitzung auf, als ... zweite SPD-Abgeordnete eine Erklärung gegen ... parteiische Geschäftsführung des Präsidenten ... abgab. Auch er wurde da er weiter redete, von acht ... ausgeschlossen. Der Ausschluß wurde mit großem Lärm auf ... Tribünen begleitet. Jetzt stellte die Sozialdemokratische ... Fraktion den Antrag auf sofortige Einbürgerung ... Reichspräsidenten. Da der Antrag abgelehnt wurde, ... ließen die sozialdemokratischen Abgeordneten geschlossen den ... Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der junge ... Abgeordnete Schrader, daß er für das Mikrophonvotum ... Klages klammern werde, weil dieser wie ein Wanderredner ... Reihe herumzuehe und die weite Zeit von Braunschweig abwe ... sei statt sich um seine Geschäfte zu kümmern. Das wäre ... verzeihenheit.

# Memels Landtag protestiert gegen Litauens Gewaltpolitik

Memel, 18. Februar. (Eigener Funtribeicht.)

Mit 23 Stimmen der Volkspartei, Landwirtschaftspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen vier Stimmen ... litauischen Abgeordneten nahm der memelländische Landtag ein ... Protestentscheidung gegen die Eingriffe des Gouverneurs in ... autonomen Rechte des Memelgebietes an. Der Präsident ... des Direktoriums, Böttcher, und der Landes ... Direktor Padjua seien auch heute noch interniert, ... Landesdirektor Szigas sei durch Androhung ... Gewaltmaßnahmen an der Fortführung der Geschäfte gehin ... worden. Der Gouverneur habe mit der einseitigen Führung ... der Präsidialgeschäfte den Landesrat Szigas beauftragt ... der wiederum zwei Beamte des Direktoriums zur Wahrnehmung ... der Geschäfte des Landesdirektors bestimmt habe. Das sei eine ... Regelung, die weder den Gesetzen entspreche, noch die Willkür ... des Landtages erhalten habe. Der Landtag fordere sofortige ... Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen und die Wiederherstellung ... des verfassungsmäßigen Zustandes.

# Nazis hören systematisch die Arbeit der Parlamente

## Sie spannen Tummel im Reichlichen und Braunschweigischen Landtag

Darmstadt, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Am heftigsten Landtag kam es am Mittwoch zu unwürdigen Szenen. Die Sitzung wurde deshalb unterbrochen.

Der Nazi-Abgeordnete Benz gab eine Erklärung ab, nach der in Breitenheim bei Mainz 30 Nazis bei der Verteilung von Einladungszetteln für eine Versammlung von 400 Kommunisten mit Schüssen und gefährlichen Werkzeugen überfallen worden seien, ohne daß die Polizei eingeschritten sei. Die seit dem 11. Dezember 1931 verfassungswidrige Amtstätigkeit des Innenministers Reuschner treibe in den Bürgerkrieg hinein. Die Regierung sei nicht mehr Herr der Lage. Reichsaufsicht sei geboten. Bis zur Sicherstellung des öffentlichen Schutzes fordere die NSDAP ihre Mitglieder auf, zu ihrem eigenen Schutze in jeder Weise von dem Notwehr- und Notstandsrecht der geltenden gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch zu machen.

Der Abgeordnete der Kommunistischen Opposition Galm wurde von den Nazis mit dem Zuruf „Ein Staatsverrat“ empfangen. Galm quittierte mit einem Hinweis auf die Staatslosigkeit Hitlers. Er schämte sich nicht, Sozialist oder Kommunist zu sein. Über angebliches Verstoßen des Abgeordneten Benz zum Bürgerkrieg, schämte man sich, heftigster Landtagsabgeordneter zu sein.

Die Galm seine Ausführungen beendet hatte, kürmten die Nazis geschlossen gegen die Rednertribüne vor. Auch die Linke bog sich nach vorn, sobald ein Tumult entstand, der zu einem Handgemenge zu werden drohte. Der Nazi-Präsident fand der Situation machtlos gegenüber. Er wußte keinen anderen Ausweg, als seinen Sitz zu verlassen.

In der neuen Sitzung proklamierte der sozialdemokratische Abgeordnete Sinnkam gegen die Erklärung des Nazi-Abgeordneten Benz in der am Montag abgehaltenen Sitzung in der dem Innenminister die Begünstigung roter Blutigen vorgeworfen worden sei. Der Innenminister forderte Sinnkam auf, sich mit aller Schärfe des Geistes gegen jeden Versuch der von Nazi propagierten Illegalität zu wenden. Von dem Nazi-Präsidenten wurde eine unparteiische Geschäftsführung verlangt.

Innenminister Reuschner erklärte, daß in Breitenheim 11 Personen als verdrängt erklärt worden seien. Das beweise, daß die Polizei ihre Pflicht tue. Der Nazi-Abgeordnete Benz habe seine Parteifreunde anerkennen zum Bürgerkrieg aufgefordert. Wenn alle Parteien ihre Mitglieder aufzählen wollten, bei jeder Gelegenheit zur blutigen Selbsthilfe zu rufen, so wäre der Bürgerkrieg da. Die Ordnung aber werde einzig und allein von den staatlichen Organen ausgeübt. Er wolle deshalb jeden Staatsbürger, der etwa glaube, nach der Aufforderung des Abgeordneten Benz den Weg der Selbsthilfe beschreiten zu können.

Braunschweig, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Mittwochsitzung des braunschweigischen Landtags gestaltete sich durch die skandalöse Geschäftsführung des Nazi-Präsidenten Börner und durch die von ihm unterstützten Provokationen der Nationalsozialisten außerst heftig. Zweimal innerhalb kurzer Zeit flog die Sitzung auf. Es hagelte Ordnungsrufe, aber nur gegen links. Die beiden SPD-Abgeordneten wurden von Börner auf acht Sitzungen ausgeschlossen. Damit ist der bräunigen Regierungsklassen eine Weisheit verschafft worden, zumal der junge deutsche Abgeordnete Schrader, das Junglein an der Spitze der braunschweigischen Nazi-Regierung erklärt hat, dem

Mißtrauensvotum gegen Klages seine Zustimmung geben zu wollen.

Im Verlauf der Sitzung kritisierte der sozialdemokratische Redner Dr. Jasper anlässlich der Etablierung des Reiches jeder Hilfe der gegenwärtigen Regierung zur Beherrschung der Notlage der Gemeinden und zur Belebung des Baumarktes. Für den Wohnungsbau habe die Naziregierung überhaupt nichts übrig. Die Unsicherheit im Lande Braunschweig, die besonders von den zahlreichen SA- und SS-Kasernen ausgehe, werde immer größer. Aber die Geduld der Bevölkerung sei erschöpft, sie könne den blutigen Terror der Nazis nicht länger ertragen. Das verzögerte Arbeiterblut komme auf das Konto des Ministers Klages, der allem Anschein nach seine Ungefälligkeiten durch die Ernennung Hitlers zum Professor der Technischen Hochschule trömen wolle. Der Vorsitzende des Staatsministeriums solle klar und klar erklären, ob derartige Pläne beständen.

Der deutschnationale Minister Rühenthal

# Zentrum für Hindenburg

## Ein Aufruf des Vorsitzenden der Zentrumspartei. - Die christlichen Gewerkschaften gegen die Nazis

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Koss, hat unter der Überschrift: „Unsere Wahl ist getroffen!“ einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl veröffentlicht. Die marxistischen Stellen darin besagen, das deutliche Wort stehe vor der Reichspräsidentenwahl, vor der Wahl desjenigen, der ihm Hüter der Verfassung, Garant für Ordnung und Symbol seines Einheitswillens sein soll. Mehr als irgendjemand anderer verkörpere diese Eigenschaft der bisherige Reichspräsident, Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Was an Gegenkandidaten genannt werde oder genannt werden könne, sei angesichts der Gesamtlage nicht die Beachtung, sondern die Verneinung deutschen Einheitswillens, im besten Fall unverantwortbare Schwächung.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wendet sich in einem Aufruf gegen den Nationalsozialismus. Dieser gefährdet alles die soziale Entwicklung der deutschen Zukunft. Der Nationalsozialismus wolle den Weg zu dieser Zukunftsentwicklung gewalttätig zerschlagen. Sein tödlicher Schrei nach „Aenderung des Systems“ gehe auf die Zerkörung aller Anknüpfungspunkte des sozialen Volkstaates. Sein Ziel sei die Diktatur des brutalen Machtgebens. Hinter ihm ständen starke Kräfte der Reaktion, die von seinem Sieg als „Ware“ für ihr „Gold“ die Ausschaltung und endliche Vernichtung der Gewerkschaften erhofften. Den Kampfmaßnahmen des Nationalsozialismus ständen jedoch Bereitschaften des Volkes gegenüber zur Abwehr jeder illegalen Machtergreifung und Machttätigkeit.

Reichslandbund gegen Hindenburg  
Der Reichslandbund hat den Führern der sogenannten nationalen Opposition mitgeteilt, daß er die Wiederwahl Hindenburgs ablehnen müsse.

In Königsberg hat sich ein Ausschuss für die Wiederwahl Hindenburgs gebildet, dem u. a. der Oberpräsident v. Batocki, Oberbürgermeister Lohmeyer und der Rektor der Königsberger Universität, Prof. Wittich erlich angehören.

# Bring Oskar Einheitskandidat der Harzburger Front?

Der deutschnationale Parteivorstand hat am Mittwoch bis spät in den Abend hinein die Kandidaturfrage zur Reichspräsidentenwahl beraten. In der Sitzung nahm auch Prinz Oskar von Preußen teil. Er hat sich bereit erklärt, eine Einheitskandidatur der Harzburger Front gegen Hindenburg anzunehmen.

# Die neue Schiebung mit Hitler fast perfekt

Braunschweig, 18. Februar. (Eigener Funtribeicht.)  
Die große Schiebung mit Hitlers Einbürgerung soll in Kürze perfekt gemacht werden. Der deutschnationale Minister Rühenthal ist in Hitlers Professurfrage freigeschlagen worden, so daß er seine Zustimmung geben wird.

# Münchens Studenten für Hindenburg

München, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)  
Die Akta an der Universität München hat beschlossen, am Donnerstag eine Kundgebung für die Wiederwahl Hindenburgs zu veranstalten. Aus Protest gegen diesen Beschluß legten die Nationalsozialisten ihre Akten im Akta nieder und verließen den Saal. Kurz nach der Abstimmung trafen sie jedoch zurück und machten durch lärmende Kundgebungen weitere Verhandlungen des Ausschusses unmöglich.

# Das Leben

## der Marie Szamellat

Roman von Josef Maria Frank  
Copyright 1929 by Der Bücherkreis G.m.b.H., Berlin SW 61

Sie gibt Trude ihre Kameesacke, Trude bleibt mit den Geschwister jetzt allein und mag von Marie vertreten. Oh, Trude kann das und ist sehr stolz darauf. Sie wird ausfragen, daß der Kleinen nichts geschieht, daß Herr Sie Schularbeiten macht; sie wird etwas herumschauen und Ordnung schaffen - wunderbar, wie schnell immer alles in Ordnung kommt! - und herumgehen und einsehen, was die Mutter ihr aufgegeben hat. Marie kann sich auf Trude verlassen. Natürlich am liebsten werden Trude und Herr - Dinge und Herr werden für die paar Stunden bei der Nachbarin untergebracht - in der Zeitungsausschüttung sein und die Mutter erwarten und dann mit ihr die beiden Stunden abwarten. Das hat Trude immer, die gelingen werden müssen, und das zwei Stunden Arbeit, aber die Kinder helfen ja mit und haben keine Beine. So schaffen sie es; fünfzig herrliche wertvolle Markstücke mehr, ein kleines Vermögen in jedem Monat.

Marie hat die große Aufmerksamkeit ihrer fünf, die Zeitungen sind bestellt. Marie ist müde, sie müde, aber Trude und Herr helfen sie nach. Es geht nach Hause. Das Mädchen ist krank gemacht. Es hat noch ein paar Tage. Die beiden Stunden sind erfüllt.

„Wo ist Marie?“ Er würde Trude zu Hause sein. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr.

Jetzt wird Marie glücklich. Zwei Stunden sind jetzt vergangen. Hat Tride immer noch nicht? Was kann ich einschalten? Ist ihm ein Knäuel angetan? Das wäre nichts Schreckensvolles in dieser Stadt. Dohende müssen ja täglich hier herum gehen, müssen es am eigenen Leibe erfahren, wie leicht das geschieht. Marie wird unruhig. Ein Gedanke, der gut ist: Sie sieht Trude zu dem Barockhaus, da ist der Nachbar, der mit Bescheid wissen und kann Antwort geben.

Trude kommt bald zurück. Mit dieser Antwort: Vater ist wie immer zur gewohnten Zeit nach Geschäftshaus fortgegangen, müde als immer zu Hause sein.

Trude hat ein Gebilde für Marie. Sie ist ihm etwas geschehen! Er liegt in irgendeiner Kammernation! Vielleicht in irgendeiner der Hunderte von Krankenhäusern! Vielleicht - ist?

Ein furchtbarer Schreck gleitet an Marie hoch; sie fühlt, wie er elend ihr Herz berührt und was in die Schläfen drückt. Dort hämmert ihr Puls. Die Augen weiten sich in irrer Angst. Alles in ihr hebt, starrt, blitzt, schreit auf. Wenn er nur nicht wieder -

Er hebt sich mühsam hoch, sucht Rettung zu bewahren. Es schlingt. Er gibt den Kindern, die plötzlich geduckt und still geworden sind, ihr Handwort; er selber kann nichts essen. Trude will in die Mutter zurückgehen, will wissen, ob sie helfen kann. Marie schreit den Ruf und Schreie.

Er bringt die beiden Kleinen zu Bett, hofft sie langsam zu und bleibt bei ihnen, bis sie eingeschlafen sind. Das dauert nur Minuten. Er hat Trude sehr schmerzhaft zu und verschwindet. Jetzt ist Marie und Trude, die ganz nach mit der Mutter gemacht hätte, ins Bett und beschließt ihr hart und verschlossen, sofort einzuschlafen.

Marie ist allein. Sie hört an dem gleichmäßigen Atemhauch der Kinder, die schlafen schlafen. Stunden vergehen. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr.

Es ist stiller. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr. Marie hat noch ein paar Stunden bei Herr.

an. Reibt sich die Augen auf, stiert entsetzt ins Leere, spürt ein schreckliche Hand über ihre Glieder streichen.

Das Entsetzliche ist nun doch geschehen!

Leben in Marie! Sie springt zum Korridor, reißt die Tür auf, eilt hinunter, ruft gebärdet und Borkwurf: „Tride!“

Der Stock, starrt, findet nicht. Wirres Rallen und izes Lachen, idiotisch aufdröhnend. So hält er sich am Geländer, schwingt am Pfosten hin und her.

Marie eilt hinunter. Ihre Lippen sind fest aufeinandergepreßt und lassen keinen Laut hindurch. Dort ruft sie Tride an und rüttelt ihn auf. Sie unterstirnt und küßt ihn, springt hinter ihn, schließt ihn hoch. Endlich kommt er in Vorwärtsrollen. Das ist schwer, bis er oben ist. Marie, wortlos, schaudernd zusammen. Der Gel packt sie. Die und schmelzend schlägt sie widerlicher Atem ihr ins Gesicht. Es ist fürchterlich, wie schwer dieser seltsame, massige Körper ohne Willen und Befehl auf Marie lastet, die ihn mit ihrem wie von Schüttelfrost durchzuckten Leib vorwärtsdrängt. Bis in das Zimmer, wo Tride mit ekelhaftem Wiehern sich schwer auf den Stuhl fallen läßt.

Dort schließt Maries Hand seinen Mund, weckt ihn auf, daß er nach Atem ringt; bis er müde wird und nachgibt. Jetzt ist er still da. Mittos zwischen den Lehnen schwanzend, ein dankbarer Körper, unappetitliches Gend, lächerliches Biest der Muskel- und elbarteitigen Befehle des Gehirns, nichts als Sinnlosigkeit und vollkommener Sanftmut. Nichts als nervisches Rollen und wieder irrez Wiehern.

Dort beschließt Marie, ruhig zu sein. „Die Kinder schlafen!“ Er kümmert sich nicht mehr darum. Er wird jetzt gereizt. Sein Lachen wird lauter, gräßlich, seine Hände schlagen den Leib aus. Da packt Marie, totenblau, seine Schultern, stützt den wehrlosen Körper hin und her, rüttelt in ohnmächtiger Wut ihn wach, weckt ihn auf.

„Du! Du! Du! Wehst du denn nicht, was du getan hast? Das hat das Ende!“

Sie erschrickt in ihrem Leben, eilig verbärend ihr selbst. Marie ist in diesem Augenblick nicht mehr von Marie für diesen Mann, nur das und ohnmächtige Wut über ihn, das sie ihn und grauam wie eine Granate in ihr Inneres getroffen hat. Wie eine Granate, die dort einfüßt und verpulvert und alle Hebe, die dort fest und blutwarm war, in Atome zerlegt und ausstößt.

(Fortsetzung folgt)



# Die zwei Richtungen in der SAJ.

A. Kr. Während der normale Inhalt der „SAJ.“ des Zentralorgans und der zugleich einzigen Tageszeitung der SAJ., gewöhnlich nur humoristisch betrachtet werden kann und die Breslauer lokale Beilage dieses Weltblattes fast wie eine Tagesausgabe einer politischen Zeitung anmutet, gibt es doch gelegentlich in dieser Zeitung einen Teil, in dem man sich an ernsthaftem Artikel abgeben kann. Das ist die Beilage „Tribüne“. In dieser Beilage soll den Mitgliedern der SAJ. Gelegenheit gegeben werden, unabhängig von der Auffassung der Redaktion des Blattes die die Partei interessierenden Probleme zu diskutieren.

Es ist nun überaus charakteristisch für die ganze SAJ., wie diese Beilage aussieht. Während nämlich im eigentlichen politischen Teil des Blattes nur Artikel abgedruckt werden, die die Ansichten des linken Flügels der SAJ., also Auffassungen mit stark kommunistischem Einschlag, wiedergeben, kann man in der „Tribüne“ auch Artikel der Vertreter des rechten Flügels der SAJ. finden, während diese, abgesehen vom Freiwort und einigen anderen Sparten, von dem politischen Hauptteil des Blattes fast ganz ausgeschlossen sind. Wir haben uns schon wiederholt mit solchen Artikeln aus der „Tribüne“ befaßt, z. B. mit solchen der Genossen Anna Siegfried, hier in der „Tribüne“ darf auch Kleineißt schreiben. Allerdings folgt dann später auf jeden Artikel der Vertreter der Rechten der eines Vertreters der Linken, in dem die anderen dann kräftig belehrt werden. Diese Aufgliederung der „SAJ.“ auf die verschiedenen Richtungen in der SAJ. kennzeichnet die Lage in der SAJ. und ihre politische Entwicklung. Sie zeigt, daß die offizielle Parteiauffassung der SAJ. immer mehr in das kommunistische Fahrwasser gerät und daß die Vertreter anderer Anschauungen gerade eben noch in der Partei geduldet werden, zumal auch der politische Hauptteil der „SAJ.“ in der letzten Zeit kaum noch von dem eines kommunistischen Parteiorgans zu unterscheiden ist, wenigstens was die dort vertretenen Anschauungen angeht. Geduldet an der Tatsache, daß die „SAJ.“ sich in diesem Teil auch mit der KPD überberumpelt, kann man merken, daß das Blatt noch kein offizielles Organ der KPD ist.

Dafür ist z. B. die geistige Ausgabe der „SAJ.“ ein schlagender Beweis. Wie auch wir berichtet haben, sind in zahlreichen Orten Spaniens in den letzten Tagen wieder starke Unruhen ausgebrochen, Unruhen, die von den Sowjetländern und den Kommunisten ausgehen und auf die Schaffung eines Sowjet-Spanien gerichtet sind. Es ist selbstverständlich, daß das republikanisch-demokratische Spanien einschließlich des sozialistisch-demokratischen Spaniens sich gegen diese Bestrebungen wehrt. Diese Ereignisse faßt nur aber die „SAJ.“ nicht etwa als einen kommunistischen Aufstand zur Schaffung eines Sowjetstaates auf, sondern als die Konturrevolution in Spanien. Eine solche Auffassung der Ereignisse kann man aber nur haben, wenn man bereits ganz auf dem Standpunkt des Bolschewismus und des offiziellen Parteikommunismus angelangt ist (von dem geradezu riesigen Bergleich dieser Ereignisse in Spanien mit der Entwicklung der Revolution in Deutschland soll hier gar nicht gesprochen werden. Für ganz unwissende Menschen können einen solchen Vergleich ziehen.)

Dieselbe Tendenz hat ein großer Artikel, den Will Schaber in der gleichen Nummer der „SAJ.“ unter der Überschrift „Gegenläufe, die die Welt erschüttern“, veröffentlicht. In diesem Artikel kritisiert der Verfasser scharf die neue Broschüre, die der Parteivorstand der SAJ. über die Entwicklung in Sowjet-Rußland in den letzten Wochen veröffentlicht hat. Und diese Antikritik unterscheidet sich auch nicht im geringsten von der offiziellen Parteidoktrin der Kommunisten über Sowjet-Rußland. Selbstverständlich ist nach Schabers Meinung, daß das, was in Rußland vor sich geht, keine Förderung bloß der technischen Entwicklung und keine bloße Industrialisierung ist, also dieselbe Entwicklung, die in Westeuropa und Nordamerika überall vom Kapitalismus ausging, und die deshalb einen weltgeschichtlichen Fortschritt noch nicht ohne weiteres einschließt, und auch keine Staatsflaveret der großen Massen der Arbeiter im Dienste einer kleinen Clique, vielmehr soll die dortige Claqueherrschafft die proletarische Diktatur sein, die Karl Marx vorhergesagt habe. Die beste Widerlegung dieser Auffassung finden wir in der letzten Sonntagsausgabe der „SAJ.“ in einem Artikel Kleineißts, in der vorgenannten „Tribüne“. In diesem Artikel, auf den wir noch zurückkommen werden, führt Kleineißt, der, wenn er auch politisch in der SAJ. einflußlos ist, doch einer ihrer hervorragendsten Köpfe ist, aus, daß die in der SAJ. geübte Diskussionsweise über die Sowjet-Union völlig abwegig sei. Er sagt: „Und wehe dem Zweifler, der ausspricht, daß in Rußland nicht das Proletariat diktiert, sondern eine Bürokratie, daß dort heute nicht Sozialismus, sondern Staatskapitalismus verwirklicht wird, daß Sowjets, Räte, also Selbstverwaltung der Arbeiterschaft (von der Bauernschaft ganz abgesehen) praktisch nicht mehr existieren. Daß die absolute Diktaturmethode nicht nur bei dem ökonomisch-politischen Zustand in Rußland angebracht ist, sich aber in den ganz anders entwickelten europäischen Industrie-staaten verbietet; und was verglichen Bedenken mehr sind. Sprich es aus und schon bist du gebrandmarkt als „Antibolschewist“, als Reaktionsär und, was beinahe das schimpflichste Schimpfwort ist, als „Reformist“. Besser könnten auch wir die kommunistische Verharmlosung der wahren Verhältnisse in Rußland, wie sie Will Schaber vornimmt, nicht kritisieren. Will Schaber beruht auch sonst in seinem Artikel alle die Scheinargumente der Kommunisten, mit denen bewiesen werden soll, wie herrlich es den Arbeitern in Rußland geht. So behauptet er, daß die Löhne in Sowjet-Rußland andauernd gestiegen seien, so allein in den Jahren 1929/31 um 106 Prozent. Wenn man aber näher zuseht, merkt man, daß er damit jedoch nicht eine Steigerung der Löhne, also des Lohnes, den der einzelne Arbeiter pro Tag erhält, meint, sondern eine solche der Gesamtsumme, die von der russischen Industrie ausgehen worden ist. Diese Gesamtsumme kann sich aber auch erhöhen, wenn die Löhne der Arbeiter selbst sinken, wenn nämlich die Zahl der angestellten Arbeiter stark zunimmt. Und darum handelt es sich gerade jetzt in Rußland. Gestiegen ist nämlich die Gesamtsumme von 10,5 Milliarden auf 21 Milliarden Rubel. Gestiegen ist aber auch, wie Schaber selbst allerdings mehr indirekt, darlegt, sehr stark die Industriebeschäftigung, was ja in einem Lande, das erst und zwar in gewaltig überhitztem Tempo, von der Landwirtschaft zur industriellen Produktion übergeht, eine durchaus selbstverständliche Erscheinung ist. Ganz verhängnisvoll wird dabei aber, daß die Preise der Konsumgüter in Rußland in der genannten Zeit in noch viel höherem Maße gestiegen sind und deshalb auch der Reallohn der Arbeiter in Rußland in dieser Zeit stark gesunken ist.

Aus den eben wiedergegebenen Statistiken ergibt sich aber nicht nur, wie stark der rechte Flügel der SAJ. an die Brandbeile greift und in der Presse der SAJ. nur ein Massenbrandbeile führen darf, sondern wie stark auch die inneren loslösenden Gegenläufe innerhalb der SAJ. selbst sind. Damit wird bestätigt, was wir bereits in unseren grundsätzlichen Aufsätzen über die Spaltung Ende September bzw. Anfang Oktober des vorigen Jahres hier ausgeführt haben, daß nämlich der große Flügel der SAJ. die Auffassungen des Bolschewismus und des demokratischen Sozialismus mitten durch die SAJ. selbst hindurch durchdringt. Damit kommen wir auf den Artikel des Genossen Kleineißt zurück. Der Artikel, der überschrieben ist: „Gegenläufe der Reformisten“, unterscheidet sich in seinem grundsätzlichen Inhalt aber nicht im geringsten von der Auffassung unserer Partei und ist nur ein weiterer Beweis für die Auffassungen. Überdies kriegt die SAJ. aus in diesen Artikel einige Hitzel ad. Das geschieht aber, wie man deutlich sieht, wohl nicht, um das SAJ. selbst zu wahren, und wird nicht dadurch möglich, daß Kleineißt die größten Unwahrheiten über die praktische Politik der SAJ. aus den Fingern zaubert. Nach ihm ist die SAJ. nämlich plötzlich ganz und gar kommunistisch, sondern sogar schon sozial-kommunistisch. Diese

hauptung ist so unfaßlich, daß sie zu widerlegen wirklich nicht lohnt. Aber das sind ja auch nur gelegentliche Randbemerkungen in dem Artikel, der Hauptinhalt des Artikels geht in eine ganz andere Richtung. Er hat zum Ziel eine Kritik der Art der theoretischen Diskussion, die in der SAJ. gepflogen wird. Und da ist der Artikel im wesentlichen in nichts von der Auffassung der SAJ. unterschieden.

Kleineißt moniert zuerst, daß in der SAJ. die Neigung besteht, sachliche Argumente mit einer moralischen Wertung zu verknüpfen, und Genossen, die andere Auffassungen vertreten, moralisch zu diskreditieren. Das führt, notwendigerweise zu Dogmatismen, zur Unterdrückung der wahren Meinungsfreiheit. (Sört, hört! Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der SAJ.? Wir denken, das gebe es nur in der SAJ.) Sehr richtig! Diesen unzulässigen Dogmatismus, der zugleich auch ganz unmächtig ist, haben wir bereits bei der Gründung der SAJ. in bezug auf die Kritik der Spalter an der Politik und der Auffassung der SAJ. festgestellt.

Weiter wendet sich Kleineißt gegen die moralische Entwertung der Ausdrücke „Reform“ und „Reformismus“. Marx selbst habe sich schwer geäußert, den schablonenhaften Unterschied zwischen Reformismus und Radikalismus, auf dem die SAJ. dauernd herumtrampelt, aufzuklären. Marx selbst sei sowohl für praktische Tagesreformen wie für eine weitestgehende Politik der Überwindung des gesamten Kapitalismus gewesen. Durch die Unterscheidung zwischen Reformismus und Radikalismus werde ein für die Erkenntnis wesentlicher Tatbestand nicht nur verschleiert, sondern entstellt.“ Auch das ist seinerzeit hier bereits in der Auseinandersetzung mit der SAJ. eingehend dargelegt worden.

Endlich sei auch die Diskussion der SAJ. über die Frage Demokratie oder Diktatur des Proletariats ganz schief, meint Kleineißt. Auch hier werde in der SAJ. ein künstlicher Gegensatz konstruiert. Demokratie und Diktatur des Proletariats schlossen sich keineswegs aus, sondern ergänzten einander. Beides seien Formen des Klassenkampfes. Der Parlamentarismus sei an sich nicht konterrevolutionär. In der SAJ. würde sehr oft die Diktatur des Proletariats, welche eine Art der Machtanwendung der proletarischen Mehrheit gegen die (rebellierenden) kapitalistische Minderheit“ ist, mit der Gewaltthätigkeit einer Minderheit über die Mehrheit verwechselt. Auch das ist genau die Auffassung, die von der SAJ. in den letzten zwölf Jahren ununterbrochen theoretisch vertreten worden ist und die die Richtlinie ihrer praktischen Politik war. Außerdem ist es aber eine Kritik an der vorhin erwähnten Auffassung Will Schabers über die Entwicklung in Rußland, wie auch wir sie scharf nicht zum Ausdruck bringen könnten. Wer die Diktatur des Proletariats

anders auffasse, meint A., und so sehen wir hinzu, die Mehrheit der SAJ. faßt sie mit den Kommunisten gerade ganz anders auf, verwechselt die Diktatur des Proletariats mit der Konzeption eines Hillers, die in Textorismus und „Küpperrollen“ gipfelt, die nichts anderes ist als die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit, also ganz keine proletarische. Damit ist aber auch Rußland das Urteil gesprochen, denn die sogenannte Diktatur des Proletariats in Rußland ist eben eine Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit, mit allen Konsequenzen des furchtbarsten Terrorismus, der, wie Kleineißt mit Recht meint, mit einer solchen Diktatur allerdings unaufschieblich verbunden ist. Endlich übt Kleineißt noch Kritik an der Anhebung des Rätegesetzes, wie sie in der SAJ. immer mehr jutage tritt. Kleineißt betont mit Recht, daß die Einziehung als solche (nämlich das Rätegesetz) noch keine revolutionäre, unbedingt dem Sozialismus dienende Wirkung haben müsse. Das Funktionieren eines Rätegesetzes hänge vielmehr von dem ökonomischen Reifegrad ab, der in einem Land erreicht worden sei. Und hier müssen wir hinzufügen, gerade in Rußland ist die Entwicklung noch viel zu weit zurück, als daß dort bereits der ökonomische Reifegrad erreicht wäre, der die Vorbedingung dafür ist, daß das Rätegesetz zu einer sozialistischen Einziehung wird. Was Kleineißt in diesem Zusammenhang dann noch von der Wortanhebung in der SAJ. sagt, können wir ebenfalls nur unterschreiben.

Wie sich solche Auffassungen mit der Grundauffassung der großen Mehrheit in der SAJ. und mit der, die dauernd in der „SAJ.“ ganz einseitig vertreten wird, vereinigen lassen, ist uns allerdings schleierhaft. Ein größeres theoretisches Durcheinander innerhalb derselben Partei ist wohl kaum möglich.

Zum Schluß sei noch ein letztes Beispiel dafür angegeben, wie sehr die SAJ. immer mehr zum bloßen Trabanten der KPD wird. So hat in Köln am 13. und 14. Februar der erste ordentliche Parteitag des Bezirks Mittelrhein der SAJ. (sein wahrhaft pompöser Titel für die Zusammenkunft eines kleinen politischen Stammes) einstimmig eine Entschädigung angenommen, in der es heißt begünstigt wird, daß der Genosse Rosenfeld für die Wahl Thälmanns zum Reichspräsidenten eintritt und in der der Bezirksparteitag vom Parteivorstand der SAJ. erwartet, daß dieser die Mitglieder der SAJ. auffordere, bei der Reichspräsidentenwahl für Thälmann zu stimmen.

Man sieht, daß von einer geistigen und politischen Selbständigkeit der SAJ. längst nicht mehr die Rede sein kann, daß sie vielmehr nur noch ein Anhängsel der KPD ist. Und die organisatorische Vereinnahmung wird, so sehr man das auch heute noch in der SAJ. leugnet, nicht mehr lange auf sich warten lassen.

# Völkerbund ohrfeigt Japan moralisch

## Japan öffentlich als Friedensbrecher gebrandmarkt

Genf, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Appell des Zwölfer-Ausschusses an Japan ist am Mittwoch nachmittag veröffentlicht worden. Sein Ton ist außerordentlich entschieden und ernst. Er verlangt endlich Erfüllung der Verantwortung Japans als Inhaber eines ständigen Ratsplatzes und bedauert in unmißverständlichster Weise, daß Japan bisher als einziger Grobmacht nicht den Weg einer friedlichen Lösung eingeschlagen habe und alle Versuche zur friedlichen Lösung habe scheitern lassen.

Die zwölf Mitglieder, heißt es schließlich an der entscheidenden Stelle des Appells, rufen der Regierung von Japan in Erinnerung, daß nach Artikel 10 des Völkerbundespatentes jedes Mitglied sich verpflichtet hat, die Unverletzlichkeit des Territoriums und die politische Unabhängigkeit jedes anderen Mitgliedes unbedingt zu wahren und aufrechtzuerhalten. Sie haben das Recht, auf freundschaftlichste Weise die Aufmerksamkeit auf diese Bestimmung hinzuweisen, von der besonders die Tatsache herührt, daß keine Festsetzung, keine Verletzung der Unabhängigkeit auf territorialem sowie verwaltungsmäßigem Gebiet eines anderen Mitgliedes des Völkerbundes im Gegensatz zu Artikel 10 niemals als gültig und tatsächlich von allen Mitgliedern des Völkerbundes anerkannt werden könnte.

Der Appell schließt mit einem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten.

### Neues japanisches Verhüllungsmanöver

#### Deutsche Delegation bricht sich vor wichtiger Arbeit

Genf, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Zwölfer-Ausschuss des Völkerbunds rats befaßte sich am Mittwoch nachmittag mit einem neuen Verzögerungsmanöver Japans gegen die Einberufung der Völkerbunds-Vollversammlung.

Tokio hat neuerdings Bedenken erhoben, ob ein bedingter Antrag auf Einberufung der Völkerbundsversammlung, wie China ihn gestellt hat, juristisch gültig sei. Aus diesem Grunde sollte zur Prüfung der japanischen Bedenken ein Komitee aus sieben Juristen eingesetzt werden. Deutschland, das in diesem Komitee vertreten sein sollte, lehnte seine Beteiligung mit der Begründung ab, daß der deutsche Jurist Goepfert durch die Verhandlungen in der Remessefrage zu sehr beschäftigt sei und sich infolgedessen der Unteruchung nicht genügend widmen könne. Die wirklichen Gründe dieses merkwürdigen Verhaltens der deutschen Delegation sind unbekannt.

Als siebenter Sachverständiger wurde an Stelle Deutschlands ein polnischer Jurist in das Komitee gewählt.

### Weiterberatung der Preussischen Sparhofverordnung

Berlin, 17. Februar.

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die am Vorlage begonnene Aussprache über die zu den Notverordnungen geordneten Aufträge der Parteien beim Abgang Pädagogische Akademien und sonstige Schulangelegenheiten fort.

Abg. Dr. Vogner (Stadtp.) wendet sich gegen die Annahme, daß die Frage des Lehrermangels und damit die der Pädagogischen Akademien nicht so dringlich sei, da noch zahlreiche unbeschäftigte Junglehrer vorhanden seien. Nach der bisherigen Entwicklung müsse man damit rechnen, daß schon in den nächsten Jahren ein Mangel an Schulstellen auftreten werde. Selbstverständlich sei die Herabsetzung des Schulgeldes an den höheren Schulen bringend erwünscht, was würde man auch daran denken, so der Staat den durch eine Senkung des Schulgeldes entstehenden Ausfall decken sollte.

Abg. Beyer (Dt.-Fann.) erklärt gegenüber dem Vorsitzenden der Staat die Eltern nicht gestraft habe, ob sie auch unbeschäftigte, das heißt Schulgeld zu zahlen.

Ein Mitglied der Opposition führt aus, der Vorwurf, daß parteipolitische Erwägungen beim Abgang der Lehrkräfte an den Pädagogischen Akademien maßgebend gewesen seien, sei unzulässig.

Abg. Dr. Vogner (Stadtp.) sagt, es sei unannehmlich, daß die Pädagogischen Akademien jetzt die Aufrechterhaltung weiterer Pädagogischer Akademien verlangen, während die Pädagogischen Akademien als solche rundweg abgelehnt hätten.

Abg. Koch (Dnat.) tritt für die Erhaltung des staatlichen Schiller-Theaters in Berlin ein.

Abg. Stempel (D. Sp.) unterstützt die Forderung auf Weitergewährung der Zuschüsse für die Theater in Kassel und Wiesbaden.

Abg. Simon-Kentz (Soz.) unterstreicht die Aufsicht des Zentrumsredners, daß die Idee der neuen Lehrerbildung erhalten werden müsse. Die Simultan-Akademie in Frankfurt a. M. müsse erhalten bleiben.

Es folgt die Aussprache über den Abschnitt der Verwaltungsumformung. Nach Ausführungen der Abg. Webers (Landvolk) und Stempel (D. Sp.) bittet Abg. Thiel-Hulda (Ztr.) das Justizministerium, die Frage der Zusammenlegung von Amtsgerichten noch einmal zu prüfen. Weiter sprechen die Abg. Freiherr v. Wangenheim (Dt.-Fann.) und Haase-Diegnitz (Wirtschp.).

Abg. Bartels (Staatsp.) wirft der Deutschen Volkspartei vor, die Verwaltungsreformpläne vereitelt zu haben, als sie im Laufe der letzten Jahre auf parlamentarischem Wege verwirklicht werden sollten. Bei dieser Einsetzung dürfe sie sich über das ichtige Vorgehen der Regierung nicht wundern.

Beim Abschnitt öffentliche Fürsorgeleistungen nimmt Abg. Klotz (Ztr.) entschieden gegen eine weitere Kürzung der Unterhaltungsleistungen Stellung. Wenn jetzt zum Beispiel eine erwachsene Person 36 Mark monatlich erhalte, so reiche das nur noch zum Begehren. Die Gemeinden müßten in dem Stand gekehrt werden, ihre Fürsorgeleistungen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

Der Abschnitt Gewerbeaufsichtsämter und Bergreviere gab

Abg. Frau Hanna (Soz.)

Gelegenheit, kommunistische Angriffe wegen der sozialdemokratischen Haltung zum Abbau von Bergaufsichtsamtern zurückzuweisen. Die Sozialdemokraten seien der Ansicht, daß nicht die Zahl der Aufsichtsinstanzen den Arbeiterchutz gewährleisten, sondern die Zahl der zur Verfügung stehenden Kontrollbeamten und die Art der Handhabung der Kontrolle. Zwar reiche die Zahl der Kontrollbeamten jetzt für einen Arbeiterchutz, wie ihn die Sozialdemokraten wünschten, nicht aus, doch sei es gegenwärtig unmöglich, eine höhere Zahl durchzuführen.

Beim Abschnitt Kulturbauämter hält Abg. Biel (Ztr.) die Aufstellung der Kulturbauämter für eine technische Frage. Weiterberatung Donnerstag.

### Thüringens Landtag gegen das Verlegen der Nazis

Weimar, 17. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Im thüringischen Landtag äußerte sich Innenminister Kapner am Mittwoch über die Ernennung Hillers zum Polizeikommissar von Südburgauen. Als er Friedl verhalten zu rechtfertigen versuchte, fand Kapner insbesondere in den Reihen der Sozialdemokratie lebhaften Widerspruch. Schließlich bekannte er sich unter dem Druck der Situation zu der Auffassung, daß Friedl verhalten doch Wohl gemutet sei. Sogar hätten sich die Beamten, denen Friedl Schweigepflicht auferlegt habe, in keiner Beziehung rechtfertigen genommen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Brill wies auf Grund des Beamtengesetzes von 1920 auf die Befreiung der Beamten darauf hin, daß die Anstellung Hillers als Polizeikommissar in Südburgauen eine Scheinanstellung gewesen sei und die heißen Beamten sich über die Rechtsmäßigkeit der Anstellung Friedl von vornherein hätten klar sein müssen.

Der völksparteiliche Abgeordnete Witzmann wies die beiden Beamten, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei sind, in Schutz. Friedl habe die Beamten in eine gefährliche Lage gebracht. Allerdings hätte er die Beamten auch nicht in Schutz gestellt. Sogar die SA ist einen anderen Beamten übergeben und hat diesen einen Beamten der SA als Stellvertreter eingesetzt, was ja von der Volkspartei nicht bestritten wurde. Die Volkspartei hat auch keinen Widerspruch gegen die Anstellung Hillers geäußert. Die Volkspartei hat auch keinen Widerspruch gegen die Anstellung Hillers geäußert. Die Volkspartei hat auch keinen Widerspruch gegen die Anstellung Hillers geäußert.





Haus der gutgepflegten Biere!

Lager hell, Schoppen 5/20 18 Maß 10/20 36

Export - Münchner - Braugang Schoppen 5/20 20 Maß 10/20 40

Urbock weiß, Schoppen 5/20 23 Maß 10/20 46

<b>Qualitäten unserer Brantwein- und Weinbrandmarken, Rum, Arrak, Edelkörn, Weine zu diesen Preisen sind anerkannt beliebt</b>	<b>1930 er Liebfraunlich</b> elegant, zart und mollig 100	<b>Vollreife hochfeiner, griech. Muskat, Cephalaria</b> 90
<b>Feinster Breislauer</b> unübertreffl. in sein. Art. 290	<b>1930 er Oppenheimer Steig Riesling</b> 150	<b>Tarragona</b> extra feine Qualität 1
<b>Pache Edelmarke</b> mild, aromatisch. 250	<b>1928 er Niersteiner Höhe Spätlese</b> 250	<b>1925 er Feiner alter Malaga</b> golden, sehr teurig. 1
<b>Pache-Kümmel</b> rassist, gehaltvoll. 250	<b>1928 er Mosener Berg</b> sehr rassist, pikant 90	<b>Original Sherry</b> berber Frühstückerwein 1
<b>Exquisit, pikant, m. durchdringend. Getreidgeschmack.</b> 325	<b>1928 er Zeller schwarze Katz</b> vollmundig spritziger Wein 150	<b>Alter Duro Portwein</b> rassist, trocken 2
<b>Fein. deut. Weinbrand - Verschnitt</b> sehr empfehlensw. Qual. 360	<b>1928 er Eislerlayer Neuberg Spätlese</b> Wachstum Huesgen Bäckling Org. - Abt. m. Korlebr. 300	<b>Alter Original Insel-Madeira</b> feiner, edler Tropfen. 2
<b>Faches Weinbrand - Verschnitt Edel</b> ganz hervorrag. Qual. 385	<b>Deutscher Rotwein</b> hervorragend, hochfein für Glühwein 70	<b>Apfelgold rassist und mild</b> Marke Rübezah! 55
<b>Faches Hausmarke, hochf. Weinbr.</b> arom., blumig, sehr mild. 380	<b>Spanischer Rotwein</b> vollmundig sehr fein. 90	<b>Apfelgold süß, hochfein be-</b> kömmlich, Marke Rübezah! 60
<b>Uralter Pache</b> ist ein alt abgefa. rassist. Weinbrand. eine deutsche Spitzenleistung. 360	<b>Saint Emilion Bordeaux</b> 140	<b>Johannisbeerwein</b> vollarom., teurig, pikant. Marke Rübezah! 75
<b>Doppelt. Steinhäger, die Marke</b> für Kenner. ganze Orig.-Fl. 0.8. 40%	<b>1928 er St. Julien Bordeaux</b> hervorragend edler Tropfen 180	<b>Stachelbeerwein</b> volls. witz. mild Marke Rübezah! 75
<b>Jamaika-Rum-Verschnitt</b> ganz hervorragend. 38% Lit. lose vom Fab 360	<b>1928 er Chateau Deuzac</b> Laberde pikant. f. Genieß. 250	<b>Heidelbeerwein</b> hocharom. fröhlich, empfehl. Marke Rübezah! 75
<b>Jamaika-Rum-Verschnitt</b> hervorragend. 38% Lit. Fl. 3.00. 7. Fl. 270	<b>1926 er Graves superieures</b> (weibler Dord.) mit feiner Edel-süße. 170	<b>Grempler Hausmarke</b> 3
<b>Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt</b> eleg. arom. 40% Lit. Fl. 4.30. 7. Fl. 325	<b>1925 er Graves (halbsüß)</b> (weibler Bordeaux) extra fein 170	<b>St. Barbara Riesling</b> unsere Hausmarke 3
<b>Feinster alter Jamaika-Rum-Verschnitt</b> , die vollendete Qualität. 45% Lit.-Fl. 5.10. 7. Fl. 385	<b>Deutscher Wermutwein</b> die deutsche Edelmarke hervorragend unübertreffl. Qual. 90	<b>Henkell Silberstreffen</b> 3
<b>Feinster alter Batavia-Arrak-Verschnitt</b> , für Kenner. 42% . . . 7. Fl. 350	<b>Italienischer Wermut, Emilio</b> mogensüßk., unerreicht. 90	<b>Kupferberg Kupfer</b> 3
<b>Burgunder-Punsch rassist, voll-aromatisch.</b> 40% . . . . . 7. Fl. 380	<b>Cincano</b> der echte Torino. 185	<b>Kupferberg Gold</b> 3
<b>Magendokter, hervorragend bei</b> Magenstörung, eine deutsche Spitzenleistung. 40% Original-Fl. 250	<b>Wermutwein</b> extra schwer, unübertreffl. bei Magenstörungen 100	<b>Henkell Trocken</b> 3
		<b>Hochheimer Goldleek</b> Obstbaumw.-Flaschengr. 1

Verkauf in 22 Geschäften und 2 Detailgeschäften Ring 3 und Schweißnitzer Str. 21/23 (Stadttheater)

**Sämtlichen Angelegen**

Am 16. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, Schwester Schwägerin, Tante und Großtante

**Emilie Hubert**  
geb. Grundmann  
im Alter von 66 Jahren.

Breslau, den 16. Februar 1932  
Alexanderstraße 34

In tiefer Trauer:  
**Robert Hubert**  
im Namen aller Hinterbliebenen.

Einäscherung: Freitag, 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gräbchen. Kranzspenden dankend verboten.

Nach langem, schwerem, mit bewundernswerter Geduld und heldenhafter Gelassenheit getragenen Leiden verschied gestern abend

**Herr Direktor**  
**Conrad Hohmann**

Seit dem Wiederaufbau unseres Gartens, an dem er hervorragenden Anteil hatte, stellte er seine ganze Arbeitskraft in den Dienst unserer Gesellschaft. Seine gediegenen wirtschaftlichen Kenntnisse, seine stete Hilfsbereitschaft und wohlwollende Ruhe machten ihn zu einem wertvollen und allseitig beliebten Mitarbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Breslau, den 17. Februar 1932.

**Aufsichtsrat und Vorstand**  
der Aktiengesellschaft Breslauer Zoologischer Garten.



Lack-Spangenschuhe und amerikanischem Absatz mit Steppverzierung

**8 billige Volkstage**  
vom 18. bis 27. Februar

Der Ruf unserer großen Leistungsfähigkeit verpflichtet uns; gerade in der heutigen Zeit, zu niedrigster Preisgestaltung bei besten Qualitäten. Unsere beliebten Volkstage beweisen es Ihnen aufs Neue:

<b>Damen-Spangenschuhe</b> schwarz Rob-Cherreaux mit amerik. Absatz, halbhohler Straßenschuh 285	<b>Herren-Schnürschuhe</b> braun Rindbox und Lack-Schnürschuhe 535
<b>Damen-Spangenschuhe</b> braun Rindbox mit Block-Absatz 365	<b>Herren-Halbschuhe</b> braun, Rindbox in besserer Qualität, strapazierfähiger Straßenschuh 585
<b>Damen-Spangenschuhe</b> haselnussfarbig, mit netten Garnituren 535	<b>Kinder-Orientaliefel</b> Lack, mit blond Einsatz, gute Verarbeitung. Größe 24/26 295
<b>Damen-Spangenschuhe</b> dunkelmode, echt Cherreaux, mit überzogenem, echten L.XV.-Absatz 635	<b>Kinder-Spangenschuhe</b> in schwarz und braun Rob-Cherreaux, Größe 31/35 5,45 295 Größe 27/30
<b>Herren-Schnürschuhe</b> schwarz Rindbox, halbhohler Form 465	<b>Kinder-Agraffoniefel</b> und Oesenstiefel, schwarz Rindbox, gut und haltbar, Größe 31/35 4,65 415 Größe 27/30
<b>Burschenstiefel</b> Größe 56/59 635	

**Pfänder-Versteigerung**  
Berliner Platz 2  
am Donnerstag, den 25. Februar 1932, vormittags 9 Uhr,  
rote Scheine bis Nr. 60 000  
Bietungskaution RM. 10.—  
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H. Schubert.

Bei **Hautjucken, Flechten**  
**Hoffenen Füßen, Krampfadern**  
auch veralteten Wunden ist die milde und wohltuende **San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe**  
seit Jahrzehnten ärztlich empfohlen und bewährt.  
In Original-Dosen à 1,25, 2,30 und 4,30  
Zu haben in Apotheken 10162  
wenn nicht vorräthig, Versand kostenfrei durch **Elefant-Apothek, Berlin SW 19/62**  
Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz)

Das Stadttheater bringt **HEUTE**  
**Donnerstag**  
den 18. Februar, 20 Uhr

**HINDUS**  
**UDAYSHANKAR**  
MIT **SIMKIE**  
und einem Indischen **HINDU-ORCHESTER**  
50 verschied. original-Indische Instrumente **TANZEN UND SPIELEN**  
Indische Märchen und Legenden - Jahrtausend alte Tempel- und Wallfahrtenze

Karten zu 1., 2., 3., 4., 5. RM  
täglich von 2-14 und 17-19 Uhr  
in der Geschäftsstelle d. Schließ-Philharmonie (Stadttheater) sowie bei Barack, Wertheim u. Verkehrsverein (Hauptbahnhof)

**IM GROSSEN KONZERTHAUS-SAAL**

**Klausner Schuh-Flage**

Ring 22 gegenüber dem Schweißnitzer Keller  
Ring 22 I. bis III. Stock (Fahrstuhl)

**Gesellschaftshaus Silesia, Inhalt: 54**  
Runde **Ball** Herren u. Damen engagieren!

**STADTTHEATER**  
Sonntag, 20 bis 22.15  
Abendkonzert: D 11  
**Die Fächerhehrli**  
Freitag 20 bis gegen 22:  
**Der Jägermann**  
Sonntag 21 - 22.15  
**Zur und Zimmermann**

**Circus Busch**  
Schaubühne Tel. 291 35  
**Neu in Breslau 5 Paare**  
Schule-Vorführer  
König - König  
König - König  
König - König  
König - König  
König - König  
König - König

**HAARPFLEGE**  
Täglich 21.15 bis 22.30  
und Sonntag 15.30  
**In jeder Ehe...**  
Sonntag 21.15 (u. Sogl.)  
um 1. Uhr:  
**Der Herrmann**  
Gesangsreihe von Johann Sebastian Bach

**Sie, Sie**  
wissen gegen Ihren Husten **Weg ist er**  
gebrauchen!  
Zu haben zu 30 und 50 Pf. in Apotheken, Drogerien, Jungen und Mädchen, wo Pfeifen sind.

**Druckerei**  
**Bollmann**  
alle Arten Druckarbeiten  
Breslau 2, Stadtplatz 40

**Uhren u. Goldwaren**  
Spezialität: **Fachlose Trauringe**  
**Paul Alter**  
Königstraße 17  
Königstraße 17

**Bettfedern**  
alle Arten Bettfedern  
Königstraße 45, I. Et.  
**Kein Laden!**

Vorzugsnach **Oranienstr. 12**  
**San.-Bat Kobrak**  
Tel. 981 19

**Urania**  
12. März  
Das poetische  
Kunstwerk

**Kauf** nur im **Fahrradhaus Sieg**  
Nommert 19, neben Barack  
**Sieg ist billig!**  
Decker ab 1.35, Fedale ab 0.75, Kette ab 0.55, engl. Lenker ab 1.50, Rücktrittbremse kompl. ab 5.95, Kotz-Rennabte ab 1.95, Rahmen kompl. ab 13.95, Rennar. gemulkt 25,-, Räder kompl. m. Freilauf ab 46.50

Die **„Frauenwelt“** den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!  
**„Frauenwelt“**  
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
Zubestellen b. allen Zeitungsträgern

**Berliner**  
**Kinderwagen**  
und **Damenrad**  
vert. Kauf-Vertrieb in 12 L.

**Russbaum-Schrank**  
100 cm breit, billig zu vert. Lichteit. Zylinderkappe b.

**Arbeitsmarkt**  
Jung. u. Mädchen  
in Halbtagshilfe  
geacht. Dienst, Dp. 12, 35



Breslauer Nachrichten

Wir sind nicht zuständig

Breslauer Polizei und die gestrigen Naziparaden

Nazi marschieren auf, veranstalten große Paraden, beunruhigen und provozieren die Bevölkerung. Dies alles blüht vor den Toren Breslaus. Die Breslauer Polizei schmunzelt. Gott sei Dank, wir sind nicht zuständig, schickt einen Herrn im laubestem Zivil lediglich zur "Beobachtung" hinaus, das andere, nun ja, es ist ja einige Kilometer von der Stadtgrenze entfernt, der Herr Landrat, die Landräger, na, und wenn es ganz schlimm kommen sollte, wird "Schon von oben" Befehl erteilt werden.

Das ist durchaus keine Parodie, sondern das hat sich gestern tatsächlich zugetragen. Bei manchen Behörden schien man gestern größere Sorgen über Kompetenzen als um die Republik zu haben. Und wenn in dieser Art weiter gemacht wird, werden wir es noch erleben, daß diese Republik etwam zusammengehauen wird, weil, ja weiß oben keiner zuständig war, sie zu schützen. So geht es jedenfalls nicht weiter. Die Gefahr eines Zusammenstoßes der Nationalsozialisten mit arbeitsloser Bevölkerung war gestern in großem Maße vorhanden. Wir möchten die Polizei darauf aufmerksam machen. Wir sind nicht zuständig war die Antwort, "der Herr Landrat"! Herr Landrat aber war krank. Also blieb ja noch die Regierung. Für ruhige und normale Zeiten wäre vielleicht ein solcher Infanzenzug noch angebracht.

Was aber ist, wenn sich gestern wirklich nicht vor Breslau etwas ereignet hätte, viel schneller vielleicht als von oben her die Anweisung gegeben worden wäre? Da hätten wir es unter Umständen erleben können, daß die Breslauer Polizei, die wenigstens in den Mittagsstunden eine Bereitschaft nach Tschansch geschickt hatte, hätte ruhig zusehen müssen, wie jenseits des Stadt-Grenzkamens die tollsten Dinge sich abspielten, ohne vielleicht die Möglichkeit, hier einzugreifen. Solche Dinge sind wahrlich nicht geeignet, das Vertrauen in die Sicherheit der Polizei zu stärken.

Es ist schon immer ein Ausdruck der Schwäche gewesen, wenn man glaubte, in irgendeiner Frage nicht kompetent zu sein. Im obigen Falle aber kann sich eines schönen Tages einmal diese Schwäche sehr verhängnisvoll auswirken. Wir fordern ganz besonders die Regierung auf, in dieser Frage schleunigst eine Reorganisation vorzunehmen, zumindestens aber Anweisungen zu geben, daß Kompetenzfragen bei solchen Dingen nicht hindernd an irgendwelchem notwendigen Eingreifen sind.

Auch das Verhalten der Polizei muß be fremden. Man ist wohl unterrichtet oder behauptete es zu sein, wenn solche Dinge von uns genannt werden, findet es aber schätbar recht unpassend, wenn sich die wachsame republikanische Bevölkerung in diese Dinge hier einmisch. Zu wiederholten Malen ist es vorgekommen, daß wir in solchen Fragen recht ungenügenden oder überhaupt keinen Bescheid erhalten haben. Eine solche Art der Abfertigung Herr Polizeipräsident, verstärkt durchaus nicht das Vertrauen der republikanischen Bevölkerung zu dieser heute sehr wichtigen Behörde. Man kann es eben nicht verstehen, daß die republikanischen Organisations militärische Paraden und Aufzüge veranstalten können, die an und für sich verboten sind, und die sich dann noch eines gewissen Schutzes und wohlwollenden Duldung der Polizei erfreuen.

Wir beobachten zurzeit im Polizeipräsidentium eine Unsicherheit in der Führung, die uns verhängnisvoller erscheint, als eine klare Linie nach irgendeiner Seite. Neben ausgesprochenen faschistischen

Der Heiratschwindel blüht noch immer

Diese Dummen werden wirklich nicht alle

Der recht anrüchliche Beruf des Heiratschwindlers scheint trotz aller Krise immer noch Hochkonjunktur zu haben. Immer und immer wieder liest man, daß einem armen Mädchen durch Verprechungen und allerhand Gesunkener eines Kavaliere die letzten Groschen abgenommen wurden. Es gibt keine, aber auch keine noch so plumpe Methode, auf die nun einmal betragslüstige Mädchen nicht hineinfallen. Das traurige Gewerbe eines Heiratschwindlers, das eigentlich längst der Vergangenheit angehören müßte, ist wohl eines der schädlichsten Verbrechen, da ja fast nur die Ärmsten davon betroffen sind, denen die letzten Sparpfennige abgenommen werden. Das Gericht hat sich ständig mit solchen Verbrechen zu befassen. Erst dieser Tage zeigte eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht ein besonders trasses Bild von solcher Gemeinheit.

Angelagt war der Schneider Alois Heilig, ein Mann in den dreißiger Jahren, der bereits sechsmal wegen Betruges, auch Heiratschwindels vorbestraft ist. Dieses Mal hatte er sich wegen drei Fällen von Heiratschwindel zu verantworten. Immer machte er sich an ältere Mädchen heran, denen er nach ganz kurzer Bekanntschaft die Ehe versprach. Da er ein sehr selbstbewusstes Auftreten hatte und sich immer als gutgestellter Schneidermeister ausgab, erwarb er schnell das volle Vertrauen der Mädchen.

Die zur Anklage stehenden drei Betrügereien beging er in ganz kurzer Zeit hintereinander. Die eine seiner "Bräute" händigte ihm bald ihre Wohnungsschlüssel aus, so daß er ungehindert alle Räume nach Geld durchsuchen konnte und auch 30 Mk. fand. Eine Nähmaschine und ein Bett, die er sich von diesem Mädchen lieh, verkaufte er und ließ sich dann nicht mehr sehen.

Sofort machte er eine weitere Bekanntschaft in Liegnitz. Die dem Mädchen erzählte er viel von seiner Mutter, die in Breslau wohnte und wenn sie recht gut ansehe und eine reiche Aussteuer mitbringe, werde die Mutter gewiß nichts gegen die Ehe einzuwenden haben. Das Mädchen kam mit drei vollgepackten Koffern nach Breslau, händigte ihrem "Bräutigam" die Gepäckschne aus, der die Koffer abholte, und sich dann nicht mehr sehen ließ. Zu gleicher Zeit hatte er aber auch noch eine dritte "Brau". Das schöne Kleid, das die zweite "Brau" im Koffer hatte, erhielt die dritte "Brau" als Geschenk. Gerührt von so viel Aufmerksamkeit, verkaufte sie schnell für wenig Geld ihre gesamte Zimmereinrichtung, um dem "Bräutigam" nach Glatz zu folgen, wo er angeblich eine

sehr schöne Wohnung habe. Das Geld händigte sie ihrem "Bräutigam" aus, der dann spurlos verschwand. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit solcher Heiratschwindler, die die Mädchen um die Ersparnisse ihres ganzen Lebens bringen, verurteilte ihn das Gericht mildebernde Umstände und verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus.

Wenn werden endlich diese Mädchen klug werden und nicht nach oberflächlicher kurzer Bekanntschaft ihre lauer erworbenen Ersparnisse einem fremden Menschen ausschütten?

Ein anderer alter Zeit der Zimmerdieb

Es ist zwar schon ein alter Trick, aber er wird noch immer mit Erfolg angewandt, wie eine Verhandlung vor dem Schöffengericht zeigte. Der Angeklagte war der 34 Jahre alte Julius Jacoby, ein Mann, der 44 mal vorbestraft ist und der auch schon wiederholt im Zuchthaus saß. Die Art seiner Straftaten ist fast immer dieselbe. Sobald er sich auf freiem Fuß befindet, macht er sich auf ein Zimmer zu mieten. Bei den Zimmervermietern gibt er sich als Arzt aus oder er stellt sich als eine sonstige bessere Persönlichkeit vor, und bald wird man auch über die Vermietung einig.

Doch plötzlich wird dem Mieter schlecht und er verlangt ein Glas Wasser. Die Zeit, da sich nun die Vermieterin entfernt, benutzt er dazu, Diebstähle zu begehen. Jetzt hatte er sich wegen dreier solcher Diebstähle zu verantworten.

Er hatte Geld, Schmuckachen, Taschenuhren, photographische Apparate und anderes im Gesamtwert von 1000 Mark gestohlen. Er war auch geständig, behauptete aber, unter einem unübersehbaren Orange zu handeln. Der medizinische Sachverständige bescheinigte ihn als einen degenerierten Menschen und als einen schweren Psychopathen, dessen geistige Verfassung vor allem auch durch die vielen Gefängnis- und Zuchthausstrafen gelitten habe. Da er aber ein gewohnheitsmäßiger Verbrecher ist, und immer wieder stiehlt, sobald er sich auf freiem Fuß befindet, und er auch arme Frauen nicht verschont, beantragte der Staatsanwalt einjährig Zuchthaus. Das Gericht berücksichtigte aber seine geistige Minderwertigkeit, billigte ihm mildebernde Umstände zu, und verurteilte ihn zu sieben Monaten Gefängnis. Für diesen Mann wäre es natürlich am Besten, er könnte in einer Anstalt untergebracht werden.

Der Kampf der Kommunisten

wird gegen die SPD. und nicht gegen den Faschismus geführt

Wer es immer noch nicht recht glaubte, daß die Kommunisten in allererster Linie ihren Kampf gegen Eisernes Front und die freie Arbeiterbewegung führen, der wird nun durch das Plakat, das seit gestern an den Anschlagssäulen klebt, eines anderen belehrt. Dort wird zu einer Versammlung für heute aufgerufen. Aufgerufen zum Kampf gegen den Hauptfeind der gesamten Arbeiterschaft, gegen den Faschismus? O nein. In großen Lettern ist es zu lesen, daß die Rote Arbeiterfront gegen die Eisernes Front gebildet werden muß. Kein Wort, daß sie gegen die faschistischen Garden formiert werden soll. Und diese "Klassenkämpfer" wollen zur Einheitsfront des Proletariats aufrufen. Wer heute noch immer nicht weiß, was die Stunde geschlagen hat, wer heute noch glaubt, seinen Kampf in erster Linie zunächst innerhalb der Arbeiterschaft zu führen, der ist ein Verräter an der Sache des Proletariats. Unsere Breslauer Kommunisten machen es wirklich jedem klardenkenden Arbeiter leicht, sich für die "Eisernes Front" zu entscheiden, dem einzigen Block, der für eine entscheidende Auseinandersetzung in Frage kommt. Wer am Sonntag mit bei uns im Messehof ist, trägt mehr zum Kampf gegen den Faschismus bei als wenn er sich das hysterische Geschrei dieser Sorte von "Klassenkämpfern" anhört.

trauen Beamten und solchen, die bereits offen mit den Nationalsozialisten sympathisieren, beobachten wir noch eine legalere Richtung, der wahrscheinlich auch der Präsident anzugehört ist, die eine gewisse objektiv betraktete Haltung gegenüber den Faschisten einnimmt, die wohl die Stärke der Nazi-Bewegung berücksichtigen will aber nicht ihren hochverräterischen Willen erkennt, ihre Absicht übersteht, das System einschließlich dieser Polizei zu stützen. Daneben gibt es erfreulicher Weise noch einen recht ausgesprochenen republikanischen Flügel, dem aber schätbar heute weniger als sonst Unterstützung zuteil wird.

Die Polizei wird es jedenfalls in den nächsten Wochen und Monaten zu beweisen haben, daß sie auch hier in Breslau ein zuverlässiges Organ der Republik ist und daß die republikanische Bevölkerung wieder in ein anderes Vertrauensverhältnis zu ihr kommt als es jetzt augenblicklich der Fall ist. —ig.

Parteitroue Arbeitersportler aller Sparten

erscheinen morgen 19 Uhr zu einer vom Parteivorstand einberufenen Sitzung im Zimmer 12/14 des Gewerkschaftshauses. SPD.-Mitgliedsbuch legitimiert.

Und wieder triumphiert die Qualität.



Kurze Zeit kann man wohl den Raucher durch die Not der Wirtschaft bescheiden machen. Doch dann verlangt er wieder mit Recht guten, ja hervorragenden Tabak. Aber trotz herrlichen Genusses sparsam sein, das ermöglicht nur unser neuer Typ. Was warfen Sie bisher von Ihrer Zigarette mit Goldmundstück oder ohne Mundstück fort! Etwa ein Drittel. In Zukunft nicht, denn unser Hohlmundstück ermöglicht restloses Aufrauchen des Tabaks.

Bulgaria Rekord 2 1/2 Pfg. Der neue Typ mit Hohlmundstück Großformat











# Der „Greifer“ vergreift sich

## Prozesse aus dem Bereich der schlesischen Wochenpresse

Unter den vielerlei Druckerzeugnissen, die man in Breslau unter der Sammelbezeichnung „Wochenpresse“ kennt, und mit deren besonderen Funktionen im öffentlichen Leben wir uns in der „Volkszeitung“ schon des öfteren befaßt haben, gehört auch der „Greifer“, der sich selbst als „kritisches Boulevardblatt des Südens“ bezeichnet. Die besonderen inhaltlichen Eigenschaften dieses Blattes zeigen sich in einem besonders oberflächlichen Teil — auch Oberflächlichkeit gibt einen guten Boden für Wochenblätter ab — in dem er Dutzend- und Hunderttausende von Lesern hat und darüber hinaus die entsprechende Verwertung findet. Was einer Reihe von Verfehlungen gegen den „Greifer“ K. u. d. v. vor dem Breslauer erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Winter erstattet wurde, ist dieser Tage, daß dieser besonders oberflächliche Teil mit dem ausserordentlichen Titel „Der Greifer als Oberflächler“ gar nicht von K. u. d. v. bearbeitet, sondern zwecks ausschließlicher Reproduktion und gefälschter Verwertung an einem gewissen K. Seidel in Oppeln — verpackt sei. Im Bereich der arbeitsvertragsrechtlichen und geschäftlichen Beziehungen im deutschen Pressewesen, dürfte so ein journalistischer Prozeß allerdings eine bemerkenswerte Neuheit darstellen.

Seidel ist nämlich Redakteur ohne Gehalt; er bekommt lediglich eine gewisse Anzahl Exemplare des von ihm für Oberflächler besonders „bearbeiteten“ Blattes zu einem gütlich gestellten Preise geliefert, hat also für Stoff und Arbeit gleichmäÙig zu sorgen. Diese Stoffbeschaffung ist natürlich dementsprechend. Nicht weniger wie vier Anlagen betrafen das Schöffengericht des Oppelner Redakteurs, der auch Brieg in den Bereich seiner fegensreichen Tätigkeit einbezogen hat. Da wurde aus Brieg berichtet, ein Zimmermeister wäre zu Unrecht in den Besitz eines Submissionsvorschriften gekommen, im Brieger Magistrat sei also etwas nicht in Ordnung, dort verurteilt, daß der Amtssekretär G. aus Bolko bei Oppeln sich bei der Bevölkerung darüber verhalten habe, daß seine Frau abends vom Oppelner Omnibus aus zum Nachtwächter nach Hause begleitet werde, weil sie die Stimmung der Bevölkerung zu fächeln habe, aus Czarnowanz, Kreis Oppeln, wurde dem Amtssekretär und Amtsvorsteher ebenfalls die zeitliche Korruption nachgelagt und schließlich unter der anregenden Ueberschrift „Rechtliche Gesichtspunkte aus Brieg“ ein über das ständes Mädchen aus einer kommunikativen Wochenzeitung — natürlich über einen sozialdemokratischen Stadtrat — nachgedruckt und vom Magistrat die ungläublichen Dinge hinsichtlich geschäftlicher Auswertung der Reproduktion im Gaswert erzählt.

Kunde war vor Gericht um Beweisbeweise in diesen Angelegenheiten nicht leuchtend bemüht, sondern verzichtete gänzlich seine Verantwortlichkeit auf den Kritiker Seidel aus Oppeln zugunsten, für den die halbjährige Verjährungsfrist bei Straftaten über acht Jahre nicht anwendbar ist, aber in diesem Fall nicht ausreichte.

dennoch die bekannte große Schlagzeile „Chefredakteur K. Kunde“ wie das Impressum der in Frage kommenden Nummer des „Greifer“ sprachen gegen ihn. Schon in dem ersten der vier Prozesse stellte sich deshalb das Urteil, ungeachtet der Bemühungen des für die Wochenpresse wieder einmal mit tüchtigen Rechtsanwalts Gehilfen, auf den Standpunkt, daß Kunde als verantwortlicher Redakteur anzusehen sei und daher, soweit seine Behauptungen nicht erweislich sind oder Belegungen darstellen, verurteilt werden müsse. In den Angelegenheiten mit den Submissions-Subskriptoren in Brieg und den Vorgängen in Bolko wurden demzufolge Strafen von 100 und 50 Mark, sowie Publikationsbefugnis der Belegblätter im „Greifer“, an der Gemeindefasselt in Bolko und in der „Volkszeitung“ Brieg ausgesprochen.

Einen besonderen Fall betraf das vierte Verfahren — das dritte wurde wieder Beweishebung verlagert — das die „Rechtlichen Gesichtspunkte aus Brieg“ zum Gegenstand hatte. In diesem Artikel war nämlich nicht mehr und nicht weniger behauptet, als daß der Magistrat Brieg der Doppelpapierfabrik in Brieg Leer zu ungemäßig billigen Preisen verkaufe, daher dieses Unternehmen 70 Prozent Dividende (!) verteilte und verschiedene Mitglieder des Magistrats als Aktionäre an dieser ungemäßiglichen Krebit teil hätten. Außerdem behauptete sich der Artikel, daß die „S. G.“ dieses Seidel mit dem sozialdemokratischen Stadtrat G. aus Bolko, der anlässlich einer Festigung bei der Einweihung eines neuen Feuerwehrtanks angeblich über den Durst getrunken habe. Wie verhalten, schrieb das Stadtblatt, sollen die Hausbesitzer des Herrn Stadtrat G. dann im Armenhaus gereinigt werden sein.

Diese hanebüchene Schmeichelei, die von 1-3 erlogen und erstanden ist, wie der Kritiker des „Greifer“ G. aus Bolko, der die Redaktion des „Greifer“ im Herrn Seidel aus einer heftigsten Wochenzeitung der Kommunisten in der Zeit der letzten Jahre entnommen, das keine Klage gegen ihn anhängend nicht nur mit Hilfe von Kollegen, sondern auch mit Unterstützung der politischen Gegner zu führen für erforderlich und zweckmäßig hält. Natürlich hatten auch die Kommunisten keinen Beweis dafür führen können, der Verantwortliche der „Koten Vaterne“ wurde bereits in einem anderen Verfahren verurteilt Grundbesitz dieser ehehaften Einzelgeschäfte, für die Herr Seidel viel wertvollere Informationen gehabt haben will, war — eine nationalsozialistische Schmeichelei. Man hat die dem „Greifer“ G. aus Bolko mit antisemitischen Sprüchen und menschenlichen Erfahrungen auf den Ballon geworfen, welche herrliche Gelegenheiten für rote Vaterne und „kritische Boulevardblätter“, böswillige Gemeinheits- und unkontrollierbaren Lärm in Ortschaften zu erzeugen.

Nicht viel besser stellte sich der Sachverhalt der Doppelpapierfabrik bei der Beweisnahme heraus. Dem Brieger Magistrat heißt ein Mitglied eine Mille zum Kauf von 40 Mark nicht der Doppelpapierfabrik, sondern der Chemischen Werke L. u. B. in Brieg die ihren Leer zum Gaswert zum jeweiligen Breslauer Preis kauft. Die Dividende betragen nicht weniger, sondern 5 und 4 Prozent in den letzten Jahren, was auch die Stadt einen kleinen Nutzen hat, da auch sie als Körperschaft einige Aktien besitzt. Kunde hat das mit Unterstützung von Kollegen, zumal ihm die Firma aus der Rede riefte. Er verzeihliche daranzu einen jugendlichen berichtenden Artikel, indem er zwar die wesentlichen Tatsachen richtig stellte, was aber wiederum behauptete, die Stadt verkaufe den Leer an die Chemischen Werke L. u. B. — ja, ja, ja. Es ist eben nicht so einfach, der Kritik eines kritischen Boulevardblattes zu begegnen.

Daß Genosse K. u. d. v. als Vertreter der Rechten mit der Wochenpresse im allgemeinen und dem Chefredakteur Kunde im besonderen immer ins Gericht ging, die gemischte Art der Verurteilung nahegelegter Rechten und demokratischer Verurteilung bewandert. Abermals die ungemäßiglichen Winkelzüge, die von der Verantwortlichkeit und einem offenen Eingeständnis der ungemäßiglichen Angriffe zu machen kennzeichnete, sollte dem kritischen Boulevardblatt nicht möglich sein. In letzter, Herr Seidel, nicht belächeln zu lassen. Die Rechten und demokratischen — aber von Rechten nicht belächeln zu lassen — es hat die Zeit und die Macht, um es zu zeigen, zu zeigen. Die Rechten und demokratischen — aber von Rechten nicht belächeln zu lassen, das ist die Aufgabe der Rechten und demokratischen — aber von Rechten nicht belächeln zu lassen.

minütliche Gefälligkeitsrate bedingt und geregelt werden müsse, daß die von der Wochenpresse angepöbelten Personen ihr nicht schuldig ausgeliefert sind.

Das Gericht allerdings war milde. Es stellte fest, daß Kunde rechtskräftig noch nicht verurteilt sei — seine Prozesse laufen alle noch in der Beratung bzw. sind noch berufsungsfähig — und verurteilte ihn zu 100 Mark Geldstrafe für die Verleumdung des Stadtrats G. aus Bolko, sowie 200 Mark wegen der falschen Gerüchte über den Magistrat Brieg bei Publikationsbefugnis der Belegblätter im „Greifer“ und in der „Volkszeitung“ für Brieg.

## Auf Indizien verurteilt

### Der Prozeß um den Raubmord an der Brieger Theaterkassiererin vor dem Schwurgericht

Das Brieger Schwurgericht beschäftigte sich in zweitägiger Verhandlung mit dem Raubmord an der Kassiererin des Brieger Stadttheaters Wally Dietrich, die am 4. Dezember 1930, als sie mit vereinnahmten Eintrittsgeldern abends nach Hause ging, vor ihrer Wohnung überfallen und durch zwei Schüsse niedergeschlagen wurde. Der Täter erbeutete etwa 1200 bis 1500 Mark und entkam unerkannt.

Der Verdacht der Täterschaft verhielt sich im Laufe der Untersuchung immer mehr auf die Person des 30 Jahre alten Arbeiters Paul Krieger, der am 6. Januar 1931 verhaftet wurde und nunmehr vor Gericht stand. Schwer belastet wurde Krieger durch einen im Gefängnis abgefangenen Kassier, in dem er die ihm zur Last gelegten Vorgänge freizit und sie gemißtrauenhaft zugibt. Diesen Kassier erklärte Krieger für unfähig, ebenso leugnete er hartnäckig, der Täter zu sein.

Das Urteil lautet wegen Raubes auf sechs Jahre Zuchthaus und wegen Totschlags auf lebenslangliches Zuchthaus. Da Krieger stark verdächtig ist, sechs Wochen vor dieser Tat auch den Landwirtshof Kullmeier aus Tschoplowitz geraubt und erschlagen zu haben, ist die Voruntersuchung gegen ihn auch in dieser Angelegenheit eröffnet worden.

## St. paradiert vor Köhnen

### Großer Aufmarsch der Bürgerkriegsgarde

### Rekrutenschule in der Brodauer Sargfabrik

Die großen St. paradiert in den umliegenden Kreisen sind nun glücklich vorber. Sie haben ein anregendes Bild von dem altpreussischen Unteroffizierston, der das Dritte Reich beherrschen soll, ergeben und wohl auch in Zusammenhang mit den Vorgängen in Bantau, Kreis Kreuzburg, bemerkt, daß die Rekrutenschule eine große Rekrutenschule für den Bürgerkrieg darstellt.

In Bantau wurde schon in den frühen Morgenstunden genau beobachtet, wie allmählich Leben in die stillgelegte Sargfabrik der Firma „Gorenz“ jelligen Angebens kam. Truppweie rüsten die anwesenden Soldaten die Sargfabrik an. Wie es sich bei einem solchen Vorgang geistert, marschierten vor dem abgeschlossenen Fabrikgrundstück auch bald drei Soldater auf, um darüber zu wachen, daß der zusammengezogene Haufen von sechs bis siebenhundert Mann ungehört bliebe. Ebenso selbstverständlich war es anzunehmen, daß auf der anderen Seite zwei bis drei auf dem Wege treffende Bürger nicht stehen bleiben durften. Sie hätten ja unter Umständen etwas Unruhe auslösen können.

Mit dem üblichen Lauten gab es dann eine Parade vor dem Münchener Oberhaupt Köhnen. Der effektivste Teil des ganzen Tages kam aber erst in den Nachmittagstunden. Da bekam Breslau ein einmal ordentliches Schilf. Weit hin war das Gehüll der Kommandierenden hörbar; „Preußens Gloria“ von einer farblich anzuhaltenden Kapelle geblasen, durchzitterte die Luft. „Stillegebunden“, „Rüger weh!“ wurde doch mit der Zeit langweilig und eine andere Lunte — bekannt aus „großer Zeit“ — löste die Kommandos ab. So etwa: „Im Schein steht in da, was die Rekruten!“ Das nahm den Kulturträgern des Dritten Reiches ein hübsches ihrer Rekrutenschule, ließ ihnen aber wohl nicht klar werden, daß das alles gar nichts neues, sondern nur die Rekrutenschule des verstorbenen Kaisers Wilhelm des Tapferen darstellt. Schmäure wurden abgelegt und als sich langsam der Abend herniederstreckte, konnte Breslau in simpler Zivilisten-Kluft wieder heimwärts pilgern.

Im Gutspatz des Grafen York von Wartenberg in Gohlsdorf, dem bekannten Beobachtungsstand für politische Journalisten, fand gleichzeitig der große St. paradiert der Sturmbewegungen der Rekruten statt. Am Sonntag wurden die St. paradiert, die in einer Stärke von etwa 1200 Mann erschienen waren, durch zwei Stunden hindurch im Paradeschritt gedrillt; in den Mittagsstunden trat Hauptmann Köhnen ein, zu dessen Ehren und Ehre die Umgehung des Schloßes durch ein starkes Polizeiaufgebot — neben Breslauer Beamten waren die Soldaten aus der ganzen Umgebung zusammengezogen worden — abgeperrt wurden war. Polizeipräsident Thiel und der Leiter der Breslauer politischen Polizei, Kriminalrat Schmalz, waren bei den Paraden anwesend, und überzeugten sich, während in Oberflächlichkeit die fürstlichen Rekruten Landarbeiter nicht ermordeten, von der legalen verfassungstreuen Gefahrung der Bürgerkriegsgarde.

Die Scheiter Parade dauerte von 1 bis 4 Uhr nachmittags. Es wurden neben dem Paradezug verschiedene kleine Übungen gezeigt. Anhaltend waren diese Übungen rechtzeitig angeordnet und geregelt worden, was jedoch nicht hinderte, daß, als die ersten Rekruten der durch diesen Aufmarsch unermäßig lebhaft herausragten verfassungstreuen Landbesitzer bei uns eintrafen, weder beim Polizeipräsidenten noch im Breslauer Stadtrat entsprechende Anstalten zu ergreifen waren. Es war jedenfalls unangebracht, eine politische Sanktion herbeizuführen, die sich für die Stadt erklärt hätte, obwohl der Polizeipräsident sich doch offenbar, ebenso wie der Leiter der politischen Polizei, in voller Kenntnis der Verhältnisse an den Paraden beteiligen hatten.

Ob diese Tat ist hinsichtlich der politischen Information der Öffentlichkeit weitgehend ist, wegen wir zu bezweifeln. Eine entsprechende rechtliche Mitteilung, daß ein genehmigter

### Partigengossen, Gewerkschafter

### des Landkreises Breslau

Sonntag, den 21. Februar, 8 Uhr, marschieren die

### Elitefront

im Marsch in Breslau auf.

Partigengossen und Gewerkschafter betreiben auch weiterhin ein stetes Aufgebot, keine der letzten Sammlungen vorhandener Fahnen und mitzubringen und müssen am 14.30 Uhr im Vorraum des Meschales sein. Die Parade für Sonntag, den 21. Februar, 15 Uhr.

### Auf in den Marsch nach Breslau!

### Rein Geld da für den Oberpräsident

Wofolge Erhöhung der Mittel sind die Arbeiten beim Glogauer Oberpräsident eingestellt worden. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis zum 1. April ruhen. Von diesem Zeitpunkt an können die neuen Etatsmittel für die Oberregierung in Anspruch genommen werden.

## Mädchenhändler verhaftet

Die politische Kriminalpolizei verhaftete vor einigen Tagen einen in Rattowitz wohnenden angeblichen Reichen Hermann Häfel. Bei der Hausdurchsuchung in seiner Wohnung wurden Schriftstücke aufgefunden, die darauf hindeuten, daß der Verhaftete einer Mädchenhändlerbande angehört. Die Polizei hofft, die ganze Bande ausheben zu können.

### Glogau. Gnabengeßch des Raubmörders

Thomas. Der wegen Raubmords an dem Kaufmann Walter aus Oels vom Glogauer Schwurgericht im Oktober vorigen Jahres zum Tode verurteilte Kaufmann Thomas hat die gegen das Urteil eingeleigte Revision plötzlich zurückgezogen und durch seinen Verteidiger ein Gnabengeßch einreichen lassen.

### Geisel, Raubüberfall auf der Sandstraße.

Als sich die Milchhändlerin Bionel mit ihrem Wagen auf dem Heimwege nach Cöselhafen befand, wurde sie von einem Radfahrer überholt, der plötzlich vom Rade sprang und die Milchhändlerin bedrohte. Schließlich entließ er ihr die Geldtasche mit 11 Mark Inhalt und flüchtete. Wenige Stunden später wurde als Täter der 18jährige Fleischer Cempa aus Riganowitz festgenommen und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert.

### Guttenberg. Die Gemeindefasselt geraubt.

Aus der Wohnung des Ortsvorstehers der Gemeinde Innos wurde ebenfalls in Abwesenheit des Erhebers durch drei verurteilte Gestalten die Gemeindefasselt mit etwa 150 Mark Inhalt geraubt. Trotzdem gleich nach dem Überfall Alarm geschlagen wurde, entliefen die drei Räuber unerkannt im Walde.

## Sklaverei ist abgeschafft

### aber nicht in Sonthau

Die sogenannte Pflichtarbeit, die auf Grund einer Empfehlung des Regierungspräsidenten bei Erntearbeitern der Landwirtschaftsunterstützung in Anspruch genommen werden soll, kann naturgemäß bei entsprechender Einstellung der Gemeindebehörden an einer sehr bedenklichen Angelegenheit werden.

Ein treffendes Beispiel hierfür ist die in auch sonst hinsichtlich der Versorgung der ausgebildeten Erntearbeiter, rühmlich bekannte Gemeinde Leuthen, Kreis Neumarkt. Gemeindevorsteher Seifert waltet hier nach Art und Weise indonesischer Plantagenbesitzer über seine Schutzbefohlenen und wendet die Pflichtarbeit in einer Weise an, die mit der immerhin schon seit geraumer Zeit in Kraft getretenen Aufhebung der preussischen Erntearbeitergesetzgebung kaum mehr in Einklang zu bringen ist.

Herr Seifert findet, die Erntearbeiter sollen arbeiten, sollen ihre Unterstützung sozulagen verdienen. Das steht dann ungefähr so aus: Ein Mann mit Frau und fünf Kindern (beim 19. Stillet der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder als frommer Zentrumsmann bekanntlich eine künstlerische Vorkantasse), erhält in Leuthen 14 Mark wöchentliche Unterstützung und muß dafür — 2 1/2 Stunde arbeiten; ein anderer Unterstützungsempfänger mit einem Kind bekommt 8,50 Mark und soll dafür 14 Arbeitstunden leisten. Bei den Unterstützungsgeldern, die keinerlei Erneuerung von Stiefel und Kleidung zulassen, bedeutet dies eine ganz ungläubliche Zumutung, ganz abgesehen davon, daß nach den allgemein üblichen Grundregeln Pflichtarbeit nur in sehr viel geringerem Maße, jedenfalls nicht über einen Arbeitstag in der Woche hinaus verlangt wird. Sind die Betroffenen nun mit dieser Regelung nicht zufrieden, so brüllt Herr Seifert sie, wie kirchlich gelehrt, wild an, das sei „Befehl von oben“ und der müsse befolgt werden.

Es wäre wohl zweckmäßig, wenn ihm im Wege eines „Befehls von oben“ umgehend bedeutet würde, daß die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, die gegen ihren Willen ihre einstige Ware, die Ware Arbeitskraft nicht verwenden können, keine Plantagenklaven und Ausbeutungsobjekte, sondern gleichberechtigte Bürger sind.

Weitrigens, für sich selbst legt Herr Seifert einen anderen Maßstab an. Rechnet man nämlich seine Entscheidung als Gemeindevorsteher auf die Präzisionsdienstleistung im Amte um, dann kommt ein ganz annehmbarer Stundenlohn heraus, für den auch die Erntearbeiter gerne jede Arbeit übernehmen würden.

## Die Eiserne Front marschiert auf

### am Sonnabend, den 20. Februar:

Leipe-Petersdorf: Lokal Fiebach, 20 Uhr. Redner: Genosse Dr. Korn.

Pambitz: Lokal Fiecher, 20 Uhr. Redner: Genosse Bretzhorn.

Zimmgarten: Lokal Fiecher, 20 Uhr. Redner: Genosse Thiene.

Wangern: Lokal Kose, 19 Uhr. Redner: Genosse Wonneberger.

## Wieder Geflügelhieb

Am Sonntag, den 21. Februar: Neumarkt: Lokal „Selber Löwe“, 14 Uhr. Redner: Genosse Landrat Seibold.

Proß-Belbe: Lokal Schneider, 15 Uhr. Redner: Genosse Stal.

Hogastanz: Lokal Kasser, 15 Uhr. Redner: Genosse Bener.

## Wieder Geflügelhieb

Am Sonntag, den 21. Februar, 20 Uhr, findet im „Selben Löwe“ eine Mitgliederversammlung mit Parteil und Reichsbanner Rat. Schlichte Kammer und Gesellen müssen erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

## Wieder Geflügelhieb

Am Sonntag, den 21. Februar, 20 Uhr, findet im „Selben Löwe“ eine Mitgliederversammlung mit Parteil und Reichsbanner Rat. Schlichte Kammer und Gesellen müssen erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

## Wieder Geflügelhieb

Am Sonntag, den 21. Februar, 20 Uhr, findet im „Selben Löwe“ eine Mitgliederversammlung mit Parteil und Reichsbanner Rat. Schlichte Kammer und Gesellen müssen erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

## Wieder Geflügelhieb

Am Sonntag, den 21. Februar, 20 Uhr, findet im „Selben Löwe“ eine Mitgliederversammlung mit Parteil und Reichsbanner Rat. Schlichte Kammer und Gesellen müssen erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.

## Wieder Geflügelhieb

Am Sonntag, den 21. Februar, 20 Uhr, findet im „Selben Löwe“ eine Mitgliederversammlung mit Parteil und Reichsbanner Rat. Schlichte Kammer und Gesellen müssen erscheinen, da eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen ist.



## Der Schultheiß-Prozess

In dem Berliner Prozess gegen die Direktoren der Schultheiß-Wagenhofer A.G. verurteilten am Mittwoch eine Anzahl Zeugen den Angeklagten Generaldirektor Dr. Sobornheim reinzuwaschen. Besonders bemühte sich der „persönliche Adjutant“ Sobornheims, Direktor Egner, um seinen in prekärer Lage befindlichen Chef.

Auf die Frage, wie die Berichte der Revisionskommission im Büro des Generaldirektors behandelt worden seien, muß der Adjutant Egner allerdings bekennen, daß sich Sobornheim allein für jene Berichte interessiert habe, die Strafrechtsinteressen, also sein persönliches Arbeitsgebiet, angingen. In der Aufmarsch, der Zeugen plädiert dann eine sehr peinliche Frage des Staatsanwalts an Generaldirektor Kuhlmann, ob es ihm, daß er bei Eintreten der Schwierigkeiten sein eigenes Schultheiß-Depot in Höhe von 300 000 Mark ohne Einzahlung der Kündigungsfrist abgehoben habe. Weiter fragt der Staatsanwalt, ob er nicht darüber hinaus sehr energig verlangt hätte, daß die Rückzahlung seiner Einlage vor allen anderen Forderungen den Vorzug bekomme. Kuhlmann bekennt das, muß aber zugeben, daß er 300 000 Mark, die er, wie er angibt, als „tägliches Geld“ bei der Nordhese angelegt hatte, zurückgezogen hat. Sein zahlenmäßig höheres Depot bei Schultheiß habe er jedoch stehen lassen. Zu einem weiteren interessanten Disput kommt es, als die Staatsanwaltschaft mitteilt, daß Sobornheim und Rakennellenbogen im Jahre 1929 aus einem Aktiengeschäft einen großen Steuerbetrag hinterzogen haben sollen. Rakennellenbogen gibt ungenügend eine Erklärung ab; nach der es sich angeblich um keine Hinterziehung, sondern mehr um einen Streit mit dem Finanzamt gehandelt hat, bei dem man bis zum Reichsfinanzministerium gegangen sei. Schließlich sei ein Kompromiß zustande gekommen. Als ein Verteidiger Dr. Sobornheim fragt, ob man ihn in dieser Sache in eine Steuerstrafe genommen habe, erklärt der Angeklagte: „Das nicht, es hat nur eine Teilzahlung stattgefunden.“

In der Nachmittagsverhandlung wird der Geschäftsführer Tänzer nochmals vernommen über die verschiedenen ungeklärten Geschäfte der Gesellschaft Auskunft geben soll. Eine lebhafte Debatte entspinnt sich bezüglich eines Kontos Tänzers, das man ihm ohne sein Wissen eingeleistet hatte. Als der Vorsitzende ironisch fragt, wer denn der unerwartete Wohlwäter gewesen sei, kann der Zeuge keine Antwort geben. Rakennellenbogen sucht dieses mysteriöse Konto weitgehend zu erklären, gibt jedoch ebenfalls keine befriedigende Auskunft.

## Die Untersuchung im Buchmacher-Scandal

Der Buchmacher-Scandal, der von der Berliner Polizei aufgedeckt wurde, wuchert sich zu einer immer größeren Korruptionsangelegenheit aus. Bei der Untersuchung, die sich auf die Erstellung aller Buchmacherkonzessionen der letzten Jahre erstreckt, sind drei Richtungen zu unterscheiden.

Zunächst wird in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren geprüft, ob Buchmacher und etwa auch Beamte strafbare Handlungen begangen haben. Es handelt sich dabei um aktive und passive Bestechung und um Betrügereien.

In anonymen und anderen Anzeigen wird behauptet, daß Konzessionen gegen Bestechungsgelder erteilt worden sind.

Diese Summen sollen teilweise auch durch Mittelsleute bezahlt worden sein. In dieses Verfahren ist der Geschäftsführer der Buchmacher, Ernst, verwickelt und der in Buchmacherkreisen bekannte Dr. Böhmig, dem auch Betrug vorgeworfen wird. So wird behauptet, er habe für die ihm gegangenen „Vermittlungsgelder“ nichts getan, Böhmig will dafür allerdings durch seinen Verteidiger Dr. Frey den Gegenbeweis führen lassen.

Ueber die Frage, ob sich Beamte strafbar gemacht haben, bemüht die Kriminalpolizei im Interesse der Untersuchung noch Eillschweigen. Unabhängig von dieser strafrechtlichen Untersuchung, deren Ergebnisse der Staatsanwaltschaft in Moskau mitgeteilt werden, geht eine Disziplinaruntersuchung gegen alle Beamte, deren Namen in der strafgerichtlichen Untersuchung als verdächtig genannt werden.

Die dritte Untersuchung, von Verwaltungsstellen der Polizei geführt, geht um die Frage, ob den Buchmachern, die in das Verfahren verwickelt sind, die Konzession entzogen werden soll. Der Polizeipräsident hat die Buchmacher aufgefordert, sich zu der Angelegenheit zu äußern. Von dem Verhalten der Buchmacher wird es abhängen, wie die Behörde sich zu ihnen einstellt.

In Breslau herrscht in Buchmacherkreisen bereits große Besorgnis, daß auch hier mancherlei entdeckt werden könnte.

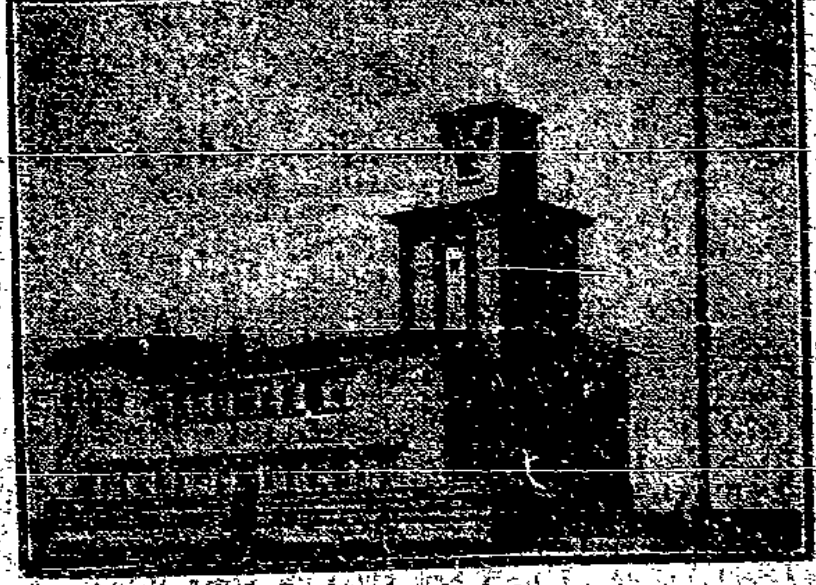
## Aus Berlin erschossen

Infolge eines unglücklichen Mißverständnisses wurde am Eingang des Munitionslagers an den Thekenbergen bei Halberstadt in der Dunkelheit ein 23jähriger Artillerie-Leutnant an einem Wachtposten angeschossen. Die Verletzungen waren tödlich.

## „Goethe lebt!“

Unter der künstlerischen Oberleitung des Reichskunstwartes Dr. Redtlob wurden in diesen Tagen die Aufnahmen zu dem offiziellen Goethejahr-Film „Goethe lebt“ beendet. Der Film bringt hauptsächlich Bilder der denkwürdigen Goethestätten in Frankfurt und Weimar.

## Neuer Tiefenbender in Buzareff



In der rumänischen Hauptstadt wurde die Einweihung dieses neuen Zunkaufes der Großenergiekraft Buzareff vollzogen.

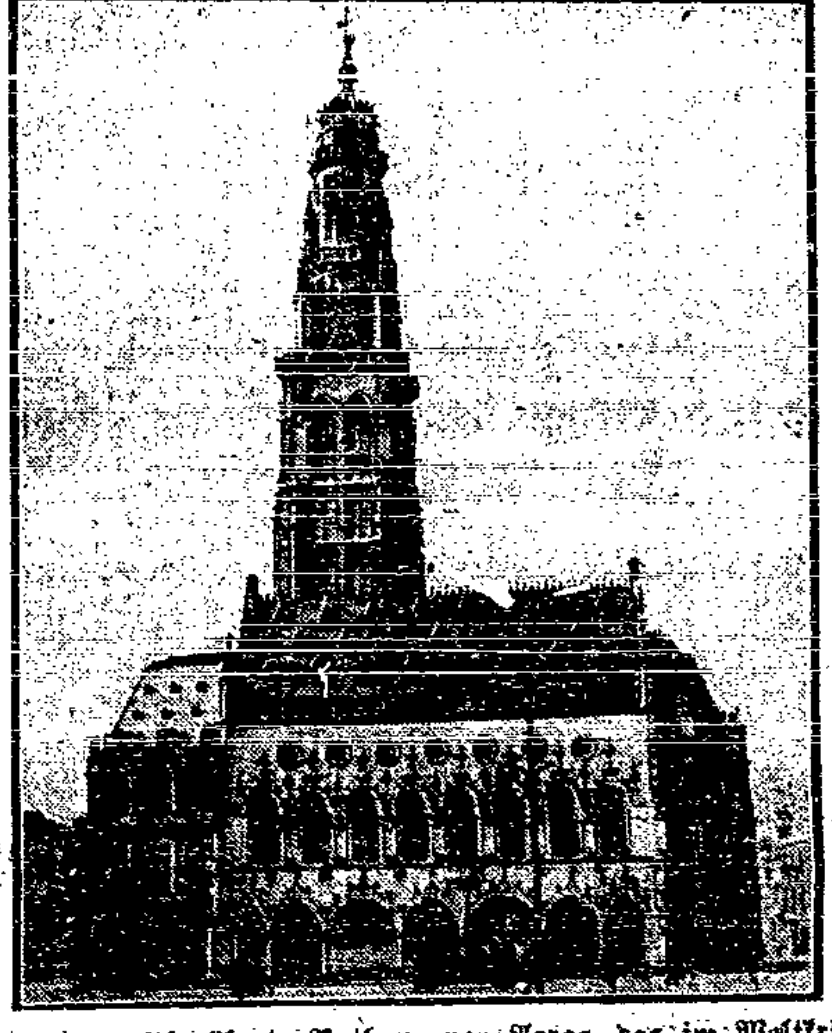
## 100 000-Mark-Gewinn

In der Mittwoch-Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf das Los Nr. 188 935 ein 100 000-Mark-Gewinn gezogen. Das Los wurde in der ersten Abteilung in Bielefeld in Württemberg, in der zweiten in Acheln im Rheinland gespielt. Auf das Los Nr. 28 429 entfiel ein Gewinn von 75 000 Mark, der in beiden Abteilungen in Acheln gespielt wird. Der Gewinn kommt in der ersten Abteilung nach Sessen-Massau, in der zweiten nach Bayern.

## Wo ist Gertrud Frenzel?

Am 1. April soll Gertrud Frenzel, die Tochter des wegen Blutschande zu einhalb Jahren Zuchthaus verurteilten Bornimer Amtsvorstehers Frenzel, als Zeugin vor dem Potsdamer Amtsgericht ausagen. Der Potsdamer Termin findet im Rahmen eines Prozesses gegen einen Fahrradhändler Urban statt. Das Frenzel-Verteidigungskomitee hofft, daß sich hierbei eine Gelegenheit finden wird, die Unglaubwürdigkeit Gertrud Frenzels, auf deren Bekundungen die Verurteilung ihres Vaters beruhte, zu beweisen. Bei diesem Termin wird vermutlich auch die Deffektivität und vor allem Frau Frenzel selbst zum ersten Male erfahren, wo sich Gertrud Frenzel überhaupt aufhält. Der Potsdamer Arzt Dr. Stapenbeck, der Vormund Gertrud Frenzels, hat bereits seit mehr als einem Jahr das junge Mädchen an einem unbekanntem Ort unterbringen lassen. Selbst Frau Frenzel wurde das Recht verweigert, ihre Tochter zu sehen oder zu sprechen.

## Das berühmte Rathaus von Arras wieder gebaut



Das weltberühmte Rathaus von Arras, das im Weltkrieg fast völlig zerstört worden ist, hat man jetzt wiederhergestellt. Die Einweihung des Gebäudes wird demnächst stattfinden.

## Amerikaflug Genners

Wie vom Büro für Handels- und Wirtschaftsfragen mitgeteilt wird, ist ein Telegramm von Dr. Genners eingetroffen, das besagt, daß er, wenn die Wetterlage es erlaube, in dieser Woche nach den Vereinigten Staaten fliegen werde.

## Neue Zürcherrevolte

In der preussischen Provinzialerziehungsanstalt Straußberg bei Berlin, einer Anstalt für schwererziehbare Jugendliche, brach eine schwere Revolte aus. Die Anstaltsleitung holte Polizei zu Hilfe. Zehn Zöglinge wurden festgenommen. Die Ermittlungen über die Ursache der Tumulte sind noch nicht abgeschlossen.

## Fischerboot gefentert

Ein belgisches Fischerboot kenterte an der englischen Küste bei Kestelbeck. Von der Besatzung erreichten elf Mann schwimmend die Küste, drei ertranken.

## Ein Matrose erschossen

Auf dem im Kieler Hafen liegenden japanischen Dampfer „Leiko Maru“ kam es zwischen mehreren chinesischen Mitgliedern der Besatzung zu einer Messerstecherei. Ein chinesischer Matrose wurde erschossen, zwei erlitten schwere Verletzungen.

## Der rätselhafte Leichenfund in Wien

Der Mörder verhaftet

Wie gemeldet wurde, sind am Wiener Franz-Joseph-Bahnhof Teile einer weiblichen Leiche gefunden worden. Die Nachforschungen haben nun zur Verhaftung des Mörders geführt. Er ist ein pensionierter ehemaliger Gefangenenerzieher namens Franz Lauterbach. Seine langen Leugnen hat Lauterbach ein Geständnis abgelegt, den ihm zur Last gelegten Mord begangen zu haben. Er steht auch im Verdacht, schon vor einigen Wochen eine ähnliche Tat begangen zu haben.

## Der Südrandkanal

In Frankreich wird lebhaft das Projekt des „Kanals der beiden Meere“, der längs der Pyrenäen den Atlantik mit dem Mittelmeer verbinden soll, erörtert. Der Kanal soll 100 Kilometer lang, mindestens 12 Meter tief und 150 Meter breit werden. 14 Schleusen sind vorgesehen. Ein Kanal von dieser Größe könnte fast jedes Schiff aufnehmen. Bei der geplanten Ermöglichung einer Fahrtschwindigkeit von 14 Knoten bei Tag und Nacht wird eine Kanalstreckenzzeit von 24 Stunden errechnet. Gegenüber der üblichen Frankreich-Italien-Rund um Gibraltar würde durch den Kanal eine Zeitersparnis von mehreren Tagen erreicht werden. Die Kosten für den Kanal, dessen Bauzeit auf zehn Jahre geschätzt wird, werden auf etwa zwei Milliarden Mark geschätzt.

## SDS.

Etwa 80 Kilometer von Malta entfernt mußte ein italienisches Verkehrsflugzeug infolge Maschinenschadens auf hoher See niedergehen. Auf den SDS-Kauf der Maschine lief ein englischer Zerstörer von Malta aus und schleppte die Maschine ab.

**Noch billiger ist unmöglich!**

- Bettfedern** per Pfund von 7,00 Mk. bis **15**
- Halbdaunen** welsch . . . 5,50, 4,50 **3<sup>90</sup>**
- Fertige Betten** 1 Deckbett u. 2 Kiss., gute Wäsche mit entsprechender guter Füllung . . . ab **11<sup>90</sup>**
- Metalld-Bett 365** m. dopp. Kreuzboden **3**
- Metalbetten** Stahlrohr, welsch, mit Patentmatratze **9<sup>75</sup>**
- Metalbetten** 33 mm Stahlrohr, mit Patentmatratze in allen Farben, ab **12<sup>90</sup>**
- Kinderwagen** eleg. neue Form, mit Verdeck, ab **24<sup>95</sup>**
- Fertige Innbetten** 1 Deckbett, 2 Kissen, kompl. . . 11,75, 9,25 **6<sup>95</sup>**
- Daunenbedcke** Damastoberseite m. Einsch. Rückd., dauerdicht. Set. pa. Füllg., 150x200 **38<sup>75</sup>**

**Le Lasch** die Bettfedernfabrik, die detail verkauft **Gegr. 1848**

Das Haus für Qualitätsbetten Kupferschmiedestraße 16. — Mitglied der K. K. G.

## Prinzessin Sternmiese

Von G. Th. Kotman.



Dann kam der Gefangenerein „Die frühlichen Quater“ an die Reihe. Er sang das Volkslied von dem Jäger und dann das Volkslied von den Fräulein. Gerade als die Sänger die beiden letzten Zeilen sangen, „Wir lieben nicht Fräulein und auch ihr tren mit Herz und Hand“, da fiel mit einem gewaltigen Plums der Stein des Wäpfers ins Wasser.



„Der Sturm! Der Sturm!“ riefen die Fräulein und plums, plums, da verblühten die Fräulein vereint, der König, der Müller, kurz, das ganze große Fräulein im Wasser. Im nächsten Augenblick ließ sich der Sturm auf der Erde nieder. Aber außer König Langbart und dem Fischer, war kein lebender Götter mehr zu sehen. (Fortsetzung folgt.)



Gewerkschaftler, schiebt die Reihen!

von J. Sang, M. d. L.

Die Regierung Brüning — einschließlich des Arbeitsministers Stegerwald — hat geglaubt, die Wirtschaftskrise in Deutschland zu beheben durch Maßnahmen, die in Notverordnungen...

Die immer wiederkehrenden Unkonkurrenz der Industriellen aller Berufe, „die Gebührensätze müssen herabgesetzt werden“, hatten auch die Regierung Brüning so stark hypnotisch beeinflusst...

Die zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931 sah mit Wirkung vom 1. Juli 1931 eine weitere Reduzierung vor, die Gehälter wurden gesenkt, betragend mit 4 Prozent bei den unteren Einkommen bis 3000 Rmk. pro Jahr...

Die Lohnkürzungen sollten sich auch entsprechend auf die Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechtes auswirken.

Durch die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1932 die Gehälter um 9 vom Hundert gesenkt.

Die Lohnsätze der Arbeiter im Reichsdienst, Reichspost usw. wurden um 10 vom Hundert gesenkt.

Daß diese Gehalts- und Lohnkürzungen gerade das Gegenteil der von der Regierung erhofften Wirtschaftsbelebung zeitigten, hat das vergangene Jahr zur Genüge bewiesen.

Geradezu verberühmt war jedoch die Wirkung auf das Unternehmertum der freien Berufe; ihre Lohnabnahme konnte unannehmlich keine Grenzen. Ihr wirtschaftliches Lebensgewicht auszuweichen, verlagerten die Unternehmer vieler Berufe schon Anfang 1930 Lohnverträge in phantastischen Ausmaßen; Schlichtungssprüche, die zu Stande kamen, weil eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unmöglich war, sahen Anfang 1931 meistens Lohnherabsetzungen auf der mittleren Basis von 6 Prozent vor.

Ein Satz der unter 1500 Rmk. pro Jahr Gehaltenden wurde aber in den freien Berufen nirgends anerkannt. Die Lohnreduzierungen wurden auch den Vermögenden Armen aufoktroiert, selbst wenn sie durch an und für sich schon niedrige Löhne und durch Kurzarbeit nur die Hälfte oder nur ein Drittel von 1500 Rmk. pro Jahr verdienten.

Völlig über den Haufen gemorren wurden jedoch die Grundzüge des Arbeitsrechts durch die vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931, 6. Teil, Kapitel 1. Die Lohn- und Gehaltsätze aller am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung laufenden Tarifverträge wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1932 auf die Höhe des entsprechenden Tarifvertrages, der am 10. Januar 1927 Geltung hatte, reduziert.

Durch diese auf dem Verordnungswege diktierte Lohnreduzierung wurden die Löhne in den meisten Berufen um weitere 15 Prozent oder insgesamt um 21 Prozent herabgesetzt. Die Regierung Brüning, hatte damit zu einem Teile den Forderungen Rechnung getragen, die 11 Interessentenorganisationen, voran der Reichsverband der deutschen Industrie und die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ in der berühmten Erklärung niedergelegt hatten, die sie am 30. September 1931 dem Reichstagsler überreichten.

Das reaktionäre, in der Deutschen Nationalen oder Deutschen Volkspartei organisierte Unternehmertum, das auch als Geldgeber die Nazi-Stützstruppen der Reaktion aufspalte, um sich im Bedarfsfalle auf sie stützen zu können, hatte der Regierung Brüning einen Erfolg abgerungen.

Zweifellos ist durch den Gegenruck der Gewerkschaften aller Richtungen und der Sozialdemokratischen Partei der Beweinungsanfall dieser Interessentenorganisationen abgelenkt worden, der dahin ging, neben diesem sonstigen Ungeheuerlichen das Tarif- und Schlichtungswesen so zu reformieren, daß es für die Arbeitgeber völlig wertlos geworden und die Arbeitslöhne in ihrem realen Werte noch unter die Vorkriegslöhne heruntersinken würden.

Über diese Reduzierung der Einkommen der breiten Schichten des arbeitenden Volkes hatte genau wie die früheren Reduzierungen die Kaufkraft gewaltig eingeschränkt und zur weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise beigetragen. Seit Erlaß der vierten Notverordnung hat die Zahl der Arbeitslosen schon wieder um mehr als eine Million zugenommen, unzurechnet die ebenso starke Vermehrung der Zahl der Kurzarbeiter.

Man hat es in den Kreisen der „Kassengebenden“ viel davon geredet, sich zu wehren und voranzutreiben von dem Ausgleich, der durch „Preisüberhöhung“ einzutreten sollte. Im Gegensatz zu den Lohnreduzierungen war aber bisher — trotz „Preisminister“ — die Preisüberhöhung nur sehr mäßig und zeigt — zum Teil auch durch verkehrte Sozialpolitik usw. — wieder rückwärtige Tendenz.

An der Arbeiterfront wird es nunmehr liegen — allen ihren Widersachern zum Trotz — durch eine geschlossene gewerkschaftliche Aktion zu zeigen, daß die Zeit des Experimentierens nunmehr endgültig vorbei sein mag. Die Kaufkraft der arbeitenden Massen darf nicht gar keinen Umständen noch weiter vermindert, sondern muß sobald als möglich wieder gehoben werden — im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Das diejenigen, die bisher mit Blindheit geschlagen, das Gegenteil gewollt und durchgeführt haben, nicht freiwillig von ihren reaktionären Plänen Abstand nehmen müßte doch endlich jedem klaren Verstande einleuchten. Willkürlich muß deshalb der Preis ertzen und sich immer wiederholen.

Daneben in die gewerkschaftliche und politische Organisation und mit ihrer Hilfe

Erhaltung des demokratischen Staates und seine Umgestaltung zu einem sozialen Staat!

Auf dem Kampf und Sieg gegen alle unsere Widersacher! In neuen Werra löst ein neuer Tag!

Einigung im nordfranzösischen

Paris, 18. Februar. (Eigene Sonderbericht.)

In dem Lohnkampf der nordfranzösischen Kohlenarbeiter ist ein Einigung erzielt worden. Die Gewerkschaften hatten eine Lohnforderung um zehn Prozent

beschlossen, die zur Hälfte bereits am 1. Februar durchgeführt ist. Die zweite Kürzungshälfte sollte am 16. März in Kraft treten. Es ist den Gewerkschaften nun gelungen, eine Verminderung des zweiten Kürzungsjahres um die Hälfte durchzusetzen und die Durchführung der zweiten Kürzung auf den ersten April zu verschieben. Die Gesamtkürzung des Tageslohns beträgt danach nur 3,15 Francs gegen 4,20 Francs, die die Unternehmer gefordert hatten.

Vor dem Generalstreik im Dombrowaer und Kralauer Bergrevier

Kattowitz, 17. Februar. (Eigene Meldung.)

Da die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlenindustrie im Dombrowaer und Kralauer Revier zu keinem Ergebnis geführt haben, trifft der Zentralverband der Bergarbeiter alle Vorkehrungen, um auf allen Gebieten der beiden Reviere den Streik auszurufen, der Donnerstag 6 Uhr morgens beginnen soll. Auch der Christliche Bergarbeiterverband hat sich für den Streik ausgesprochen, so daß mit einem allgemeinen Streik zu rechnen ist.

Arbeiterabbau bei den polnischen Stichtoffwerten in Chorzow

Das Stichtoffwerk in Chorzow, dessen Beschäftigung teils wegen des allgemeinen Rückganges des Stichtoffabfahses, teils wegen der Konkurrenz durch das neu errichtete Staatswerk Kocice im letzten Jahre dauernd zurückgegangen ist, muß wieder größere Arbeiterentlassungen vornehmen. Zum 1. April hat die Betriebsleitung die Entlassung von 500 Arbeitern und einer Anzahl Angestellten angekündigt. Die Angestellten und Arbeiter des Werkes haben daher in einer Eingabe an den Staatspräsidenten, der früher Direktor des Stichtoffwerkes war, und ebenfalls den Arbeitsminister gebeten, dahin zu wirken, daß, wenn möglich, der weitere Abbau der Belegschaft unterbleibt. Das Stichtoffwerk hatte vor drei Jahren noch eine Belegschaft von 3000 Köpfen, zurzeit sind noch 1800 Arbeiter beschäftigt.

Kündigung bei der Stichtoffen Bergwerksdirektion

Kattowitz, 16. Februar.

Beim Demobilisierungskommissar wurde vorgeföhrt über den Antrag der Friedenshütte auf Kündigung der gesamten 2100 Mann starken Belegschaft verhandelt. Der Kommissar gab dem Antrage nicht statt, sondern nur seine Genehmigung zur turnusmäßigen Beurlaubung der Belegschaft für die Zeit von drei Monaten.

Die Stichtoff Bergwerksdirektion hat den Belegschaften der Schächte Brude I und II gekündigt, da beide Werke stillgelegt werden sollen. Die Belegschaft hat sich an den Demobilisierungskommissar gewandt.

Generalversammlung der Breslauer Zimmerer

Die allgemeine Mitgliederversammlung am 10. und die Zahlstellerversammlung am 15. Februar beschäftigten sich mit dem Geschäfts- und Jahresbericht des Vorstandes, der Vorstandswahl und der Abrechnung vom 4. Quartal 1931.

Den Geschäfts- und Jahresbericht erstattete der Kamerad R. Goldschmidt.

Demnach hat die Arbeitslosigkeit im Jahre 1931 noch weiter zugenommen. Die Durchschnittsziffer betrug im Gesamtbereich der Organisation in Deutschland nach dem Dezemberbericht 86,4 Prozent in Schließen 91,3 Prozent, und hat damit die höchste Arbeitslosenziffer von allen Bezirken erreicht. In Breslau sind gegenwärtig 96 Prozent aller Gesellenmitglieder arbeitslos.

In 4. Quartal 1931 wurden nur 5155 Vollbeiträge umgekehrt gegenüber 13 339 Freimatteln.

Wie sich die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren dauernd vergrößert hat, zeigen folgende Zahlen:

Table with 5 columns: Jahr, Ungelegte Pro Kopf volle im Jahres-Beiträge, Ungelegte Pro Kopf Frei- im Jahres-Beiträge, In Arbeit im Jahres-Beiträge, In Ober-stand Prozen.

Nach nicht der vierte Teil aller Gesellenmitglieder war demnach 1931 in Arbeit.

Die Lehrlinge arbeiteten im Jahresdurchschnitt nur 32 1/2 Wochen, so daß dieselben ebenfalls 19 1/2 Wochen arbeitslos waren.

Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse betrugen 78 708,36 Rmk. gegen 120 228 Rmk. im Jahre 1930.

Die Gesamttausgabe betrug 71 257,98 Rmk., so daß ein Lokalkassenbestand von 7400,38 Rmk. verblieb. Seit dem 3. Quartal 1929 hat sich derselbe um rund 21000 Rmk. verringert. Dieser Zustand erfordert eine Belastung der Freimatteln mit 5 Pf. und

Internationale Regelung der Invalidenversicherung

Auf der Tagesordnung der Internationalen Konventionen steht die Frage der internationalen Regelung der Invalidenversicherung. Hierfür liegen bereits jahrelange Erfahrungen in zahlreichen Ländern vor. Zur Zeit besteht eine Alters-Invaliden- und Invalidenversicherung in verschiedenen Formen und in verschiedenen Ländern in etwa zwanzig vorwiegend europäischen Ländern.

Die Versicherungsfrage erstreckt sich bereits auf viele Millionen Arbeitnehmer. Die meisten bereits bestehenden Gehege zeigen auch die Möglichkeit vor, daß die Personen, für die die Versicherungspflicht besteht, sich heimlich weiterverdingen können.

Des Internationalen Arbeitsamtes betont in seinem für die Konferenz vorbereiteten Bericht u. a. auch die Notwendigkeit der Einigung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in die Versicherungsfrage sowie die Notwendigkeit der Harmonisierung der Bestimmungen der Invalidenversicherung der Familienangehörigen in den Ländern — ein neuer Beweis dafür, daß in allen Zweigen der Sozialversicherung der Gedanke des Schutzes der Familie in immer höherem Maße Eingang findet.

Mit der internationalen Regelung der Invalidenversicherung soll der Kreis der internationalen Sozialversicherungsabereitungen geschlossen werden.

für die Empfänger von Unterstühtungen aus der Organisation eine solche von 50 resp. 30 Pf.

Die Zahl der vom Beitrag befreiten Mitglieder beträgt 7 davon erhalten Invalidenunterstühtung aus der Organisation. Die letzteren haben sich seit Einführung dieser Unterstühtung im Jahre 1929 verdreifacht.

Seit dem Jahre 1924 hat die Zentralkasse an die Zahlstellen Breslau für Ausgaben auf Rechnung der Zentralkasse 50 000 Rmk. zuzuföhren müssen, ausschließlich der Ausgaben, die sie außerdem noch für die Lieferung des Verbandsorgans, des Zimmerpoliers, des Jung-Zimmerers und anderer Zeitschriften hatte. Trotz der gegen 1928 um über zwei Drittel verringerten Einnahmen der Zentralkasse hat der Zentralvorstand an der Unterstühtung jeder Art nichts geändert. Die auf dem letzten Verbandstag im Jahre 1929 festgesetzte Höhe wurde weiter gezahlt. Auch an den Karenzzeiten ist nichts geändert worden. Dies gilt als Beweis für die Widerstandsfähigkeit unserer Berufsorganisation.

Die Mitgliederzahl hat sich gegen 1930 um 35 vermehrt und beträgt am Jahresstich 1931: 1625.

Die Geschäftsleitung nahm im ganzen an 269 Versammlungen teil. Darunter an 8 Vorstandssitzungen, 9 allgemeinen Mitgliederversammlungen, 18 Bezirksversammlungen, 5 Bezirksvereinsversammlungen, 4 Posterversammlungen, 10 Lehrlingsversammlungen, 4 Gauksitzungen, 6 Lohn- und Tarifverhandlungen, 6 Tarifamtsitzungen, 11 Schlichtungskommissionssitzungen, 41 Beratungen vor dem Arbeitsgericht, Versicherungsamt, Spruchaussschuß und Amtsgericht, 77 Baustellen wurden besucht u. a. m.

Am Gewerkschaftskongreß nahm der Kamerad F. W. G. teil, am Bauarbeiterkongreß der Kamerad R. Goldschmidt als Delegierter teil.

Im Laufe des Jahres mußte die Zahlstelle zweimal eine Lohnabbau über sich ergehen lassen, der infolge der schlechten Arbeitsmarktlage nicht abgewehrt werden konnte. Er betrug insgesamt 21 Pf. pro Stunde, so daß der gegenwärtige Lohn inklusive der Werkzeugentstühtung 1,06 Mark pro Stunde beträgt.

Gegen den zweiten Lohnabbau durch das niederösterreichische Tarifamt, der vertragswidrig war, mußte bei dem Arbeitsgericht auf eine „Einstweilige Verfügung“ zwecks Rückgängigmachung des Spruches vom 6. November geföhrt werden. Das Urteil bestätigte den Unternehmern den Lohnabbau und verbot den Unternehmern weitere Rundschreiben bezüglich der Lohnhöhe bei einer Strafe von 1000 Mark für jeden Einzelfall.

Da mit diesem Urteil nichts anzufangen war mußte bei dem Arbeitsgericht eine weitere Klage eingereicht werden, die feststellen sollte, ob der Schiedspruch vom 6. November zu Recht bestand.

Hier kam eine Einigung dahingehend zustande, daß der Unternehmer den alten Lohn für vier Wochen nachzugeben haben, auch wurde festgestellt, daß der Tarifvertrag weiter gelten soll.

Dem Abbau der Löhne ist der Preisabbau der Waren in dem Maße geföhrt wie es versprochen wurde und wir werden alles daran setzen müssen, unter den gegenwärtigen widrigen Verhältnissen wenigstens den Reallohn zu erhalten, um, wenn sich dann die Verhältnisse ändern, darauf wieder aufbauen zu können. Dazu gehört aber weiter eine geschlossene und schloßfertige Organisation, und diese zu erhalten, muß unser weiteres Bestreben sein.

Bei der Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand wieder gewählt. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1931 ergab eine Einnahme von 24 815,81 Rmk. Die Ausgabe betrug 15 814,81 Rmk. Es verblieb ein Bestand der Lokalkasse von 7450,38 Rmk. und 1550,42 Mark Zentralkassengeber wurden zum Auszahlen von Unterstühtungen am Orte gehalten.

Die beiden nächsten Versammlungen sollen sich mit der Abwehr des Faschismus beschäftigen und die Anwesenenden werden ersucht, für guten Besuch derselben Sorge zu tragen.

Jahresversammlung der Breslauer Holzarbeiter

In einer überaus stark besuchten Mitgliederversammlung nahm am Sonntag, den 14. Februar, die Mitgliedschaft an der Geschäftsbericht für das Jahr 1931 Stellung. Der Bericht machte Runtle wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß sich die Lage der Holzindustrie im Verlaufe des Jahres im Reich aber örtlich ganz besonders wesentlich verschlechtert hat. Die Zahl der Arbeitslosen ist stark gestiegen, Konkurrenz, Stilllegungen von Betrieben, sind an der Tagesordnung. Daraus resultieren auf die Widerstände der Unternehmer, in ein geregelttes Vertragswesen zu kommen. Ein Segen erwächst ihnen aber auch daraus nicht, denn sie machen sich gegenseitig die größte Konkurrenz. Die Abschaffungen in den Bau- wie in den Möbelindustrieen dauern an. In den verschiedenen Branchen liegen die Verhältnisse nicht besser. Trotzdem ist die Mitgliederbewegung gesund geblieben. Besonders starke Entlastung lösten die Ausführungen aus, die auch die letzten Schlichterverhandlungen vom 4. und 5. Februar vor dem Sonderrichter Dr. Rimmig vollständig geschlichtet sind und das Holzgewerbe in Schließen weiter vertragslos bleibt muß. Ein Antrag der Verwaltung, für jede Woche einen 10 Pf. Beitrag auch bei den Erwerbslosen Kollegen zu erheben, wurde abgelehnt, es bleibt bei der bisherigen Regelung. Zu der Wahl der Verwaltungsmittglieder ist die Wahl der Vertrauensmännerkörper vorgeföhrt.

Die Liste reiflos gewählt. Alle anderen Vorschläge blieben weit hinter den Vorschlägen der Vertrauensmänner zurück. Es sind gewählt, die Kollegen Seibel, Beyer, Blassek, Fulde, Ritsch, Schmalke, Machowski, Wachner, Wiesner, Heisel. Für den Juni stattfindenden Verbandstag werden zur Wahl gestellt die Kollegen Zühle, Fulde, Ritsche, Seibel, Wiesner, Schilling. Eine weitere schwerwiegende Frage ist der Antrag der Tischlervereinsleitung, eine Innungsstellenliste zu gründen. Dazu hat die Innung und das Versicherungsamts Ausschreibung zur Abstimmung und Entscheidung vorgenommen. Nach der Abstimmung soll am Sonntag, den 13. März die Abstimmung stattfinden. Was die Holzarbeiter besonders empören muß, ist die Tatsache, daß nach den eigenen Worten des zweiten Obermeister Bruchmann in Breslau 3000 Tischler, Holzgewerkschafter, Weber und Polierer vorhanden sind, und die Tischlervereinsleitung nur 250 Gesellen in der Tischlereibetriebe hat. Demnach wiederum die Hälfte die eigenen Schöne. Der Hauptteil der Arbeitnehmer in der Holzindustrie Breslaus bleibt also bei der Stellenabnahme zu einer solchen wichtigen Frage ausgeschlossen. Die Versammlung nahm in folgenden Resolutionen zur Abstimmung Stellung:

Die von fast 1000 Holzarbeitern beauftragte Mitgliedserversammlung nimmt Kenntnis von der Ausschreibung zur Abstimmung über die Gründung einer Innungsstellenliste. Die Versammlung weist die obere Aufsichtsbehörde darauf hin, daß die Abstimmung über eine für die Arbeitnehmer so überaus wichtige Frage zu dem Augenblicke ausgeschrieben ist, in dem nicht ein Zehntel der in der Industrie sonst Beschäftigten Arbeit hat. Nach den eigenen Worten des Obermeisters Bruchmann, nach dem Sonderrichter Dr. Rimmig hat bei 3000 Holz- 250 Mann bei 1000 Tischler während wir selbst angeht 3000 Tischler und Maschinenarbeiter vorhanden sind. Die Mitglieder weisen darauf hin, daß die Innungsstellenliste, die die Holzarbeiter in der Holzindustrie vorliegen ist, damit auch das Streben zu einer solchen schwerwiegenden Entscheidung durch Abstimmung Stellung nehmen kann.